

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 10,00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 250 Dfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Dfg. Restamen 1000 Dfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 25.

Montag, den 30. Januar 1922.

29. Jahrgang.

Vor einem Eisenbahnerstreik?

Berlin, 30. Januar. (Drahtbericht.)

Am 25. Januar erließ der Reichsverkehrsminister einen Erlass, der einen schweren Eingriff in die Koalitionsfreiheit der Beamten bedeutet. Er bestreitet den Beamten das Streikrecht, und droht ihnen für den Streikfall schwerwiegende wirtschaftliche Folgen usw. an. Außerdem schränkt der Erlass die Bestimmungen über den Achtstundentag in bedenklicher Weise ein.

Die Beamtenschaft der Reichseisenbahn ist dadurch in große Erregung versetzt worden. Ihre Vertretung, die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner versuchte eine Klärung der Stellungnahme des Ministers herbeizuführen. Keinen Zweifel ließ sie darüber, daß ein allgemeiner Streik in bedrohlicher Nähe gerückt sei.

Die übrigen Eisenbahnorganisationen haben ebenfalls zu den schwebenden Fragen Stellung genommen. Bisher ist man allerdings über unverbindliche Vorbesprechungen nirgends hinausgekommen. Das Gerücht, daß die Reichsgewerkschaft bereits in der Nacht von Sonntag zum Montag zum Streik aufrufen würden, wird von der Gewerkschaft selbst als unwahr bezeichnet. Die Reichsgewerkschaft hat zum kommenden Mittwoch ihren erweiterten Vorstand erneut nach Berlin berufen. Man nimmt an, daß erst an diesem Tage der entscheidende Beschluß gefaßt werden wird.

Aufruf an die Eisenbahner.

Berlin, 30. Januar.

Im Hinblick auf den möglicherweise bevorstehenden Streik der Eisenbahner erläßt der Präsident der Eisenbahndirektion Berlin folgenden Aufruf:

Eisenbahner! Ich halte es für meine Pflicht, auf die heftigen Erschütterungen und schweren Folgen hinzuweisen, die ein Streik der Eisenbahner gerade jetzt für die Allgemeinheit und das Vaterland im Gefolge haben würden. Ich mache aber auch weiter unter Bezugnahme auf den bekanntgegebenen

Ministerialerlass vom 25. Januar betreffend Beamtenstreik nochmals auf die schwerwiegenden Folgen aufmerksam, die die Beteiligung am Streik für den Teilnehmer und seine Familie nach sich ziehen. An alle einsichtigen und verständigen Beamten ergeht daher meine dringende Aufforderung, sich ihres Treuverhältnisses zum Staate und ihrer Verantwortung bewußt zu sein und daher jede Aufforderung zur Beteiligung am Streik abzulehnen und ihren Dienstverpflichtungen im vollen Umfange nachzukommen. Die Eisenbahnverwaltung wird alle pflichtgetreuen Beamten in der Ausübung ihrer Dienstpflichten mit allen Mitteln Schutz gewähren.

Ein Ultimatum der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner.

Berlin, 30. Januar.

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter hat dem Reichsverkehrsminister und dem Reichsfinanzminister am 27. Januar eine Entschliebung ihres erweiterten Vorstandes überreicht, in welcher die Forderungen des Deutschen Beamtenbundes vom 30. November 1921 unter nachdrücklichster Betonung der notwendigen automatischen Anpassung aller Bezüge an die sinkende Kaufkraft des Geldes wiederholt werden und binnen fünf Tagen nach der Ueberreichung eine bindende Erklärung über deren Annahme oder Ablehnung verlangt wird. Für den Fall einer Ablehnung sei der Hauptvorstand gewerkschaftlich beauftragt, unverzüglich das letzte gewerkschaftliche Mittel in Anwendung zu bringen. Gleichzeitig wird vom Reichsverkehrsministerium die Aufhebung aller Erlasse und sonstigen Anordnungen verlangt, durch die bereits jetzt Einschränkungen der bisherigen Bestimmungen über den Achtstundentag durchzuführen versucht werden, sowie ferner die Zurückziehung des Referentenentwurfes des Arbeitszeitgesetzes gefordert, da es ein ungerechtfertigtes Ausnahmengesetz für die Eisenbahnbeamten darstellt.

größten Schwierigkeiten nunmehr zu sichern. Das Ziel dieser Reform, die dem deutschen Volke schwere Opfer auferlegt, ist: das Gleichgewicht des Haushalts herzustellen. Zu diesem Zwecke werden die Einnahmen auf das äußerste gesteigert und die Ausgaben auf das schärfste eingeschränkt. Außerordentliche Bedürfnisse sollen nicht mehr ausschließlich durch Ausgabe kurzfristiger Schatzwechsel, sondern soweit möglich, durch Anleihen gedeckt werden.

1. Vermehrung der Einnahmen:

Das Einkommen aus den Quellen der Besitzsteuer wird durch Ausbau des Steuerrechts in den dem Reichstag zurzeit vorliegenden Gesetzentwürfen (Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer, Kapitalverkehrssteuer und Körperschaftsteuer) wesentlich erhöht. Dies geschieht, obwohl die Sachverständigen der alliierten Regierungen bereits auf der Brüsseler Konferenz vom Dezember 1920 anerkannt haben, daß die direkte Besteuerung in Deutschland keiner weiteren Steigerung mehr fähig ist.

Die Besteuerung des Besitzes nötigt in nicht geringem Umfange die Steuerpflichtigen, in ihre Substanz des Vermögens einzugreifen. Dieser Eingriff wirkt auf das Einkommen der einzelnen in einer Weise zurück, die notwendig jede Besteuerung des Verbrauchers verschärft. Durch die Umsatzsteuer, die von 1% auf 2 Prozent, und die Kohlensteuer, die nach der Vorlage der Reichsregierung von 20 auf 40 Prozent erhöht werden soll, ist die Produktion und der Verbrauch in starkem Maße vorbelastet.

In den zurzeit dem Reichstag vorliegenden Entwürfen sind die wichtigen Zölle und Verbrauchssteuern bedeutend erhöht. Die Zölle sollen auf einer wirklichen Goldbasis erhoben werden. Unter diesen Umständen erfährt der deutsche Verbrauch in Anbetracht der schwachen Kaufkraft der Bevölkerung eine Gesamtbelastung, die dem Druck der indirekten Besteuerung in jedem anderen Lande zum mindesten gleich ist.

Die Durchführung der Steuergesetze ist jetzt gesichert. Die notwendige Umgestaltung der einzelnen staatlichen Verwaltungen in eine einheitliche Reichsverwaltung ist trotz aller Schwierigkeiten bereits vollzogen. In weitem Umfange werden die Steuern an der Quelle erhoben. Durch strenge Verwaltungsaufsicht werden die Veranlagung und die Erhebung der Steuern mehr an den Zeitpunkt des Steuerverfahrens herangerückt.

Gegen Kapital- und Steuerflucht sind energische Maßnahmen getroffen, insbesondere ist das Bankgeheimnis durch ein Gesetz aufgehoben. Der Wertpapierbesitz wird auf den Banken durch die Steuerbehörden überwacht. Die durch Kapitalflucht bereits ins Ausland abgewanderten Vermögen sucht die deutsche Regierung durch die internationalen Rechtshilfeabkommen zu erfassen.

Das vorstehend in seinen Grundzügen angegebene Steuerprogramm wird in der Anlage I erläutert.

Die Tarife der Verwaltungen, wie Post und Eisenbahn, sind nach der Durchführung der bevorstehenden Erhöhung gegenüber den Tarifen der Vorkriegszeit im Durchschnitt wie folgt gesteigert: Im Eisenbahnpersonenverkehr auf das 15- bis 19fache, im Eisenbahngüterverkehr auf das 32fache und im Post- und Telegraphenverkehr auf das 21fache.

2. Beschränkung der Ausgaben.

Durch Beschränkungen des Haushaltsauswaches sind Vorkehrungen für eine Verminderung der Beamtenstellen getroffen.

Die Zuschüsse für die Lebensmittelzubereitung werden nach einem besonderen Plan im laufenden Rechnungsjahr 1922 beseitigt. Sie betragen im Rechnungsjahr 1921 rund 2,5 Milliarden Papiermark. Sie werden, falls keine weitere Entwertung der Mark eintritt, im Rechnungsjahr 1922 nur noch 1 Milliarde Papiermark erfordern. Der Brotpreis wird zu diesem Zwecke vom 16. Februar 1922 ab um weitere 75 Prozent erhöht.

Die Erwerbslosenunterstützung durch öffentliche Mittel soll im Jahre 1922 durch eine Arbeitslosenversicherung ersetzt werden, deren Kosten überwiegend von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden.

Die außerordentlichen Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung sind trotz des inzwischen erheblich gelunkenen Geldwertes auf nahezu ein Drittel des Vorjahres, nämlich 3 Milliarden Papiermark herabgesetzt.

Bei den Verwaltungen der Post und Eisenbahn sind organisatorische Reformen zur Verminderung der Ausgaben im Gange, so daß ab 1. April 1922 in den Betrieben die Ausgaben durch die Betriebseinnahmen gedeckt werden. Die außerordentlichen Ausgaben sind so knapp als möglich bemessen. Sie betragen nur 1/3 Prozent des Anlagewertes, während in der Vorkriegszeit 3 Prozent dafür aufgewendet werden mußten.

Ein dem Reichstag vorliegender Gesetzentwurf sichert durch strenge Vorschriften sparsame Aufstellung und genaue Einreichung der Haushaltspläne.

Auf diese Weise bringt der Haushaltsplan des Reiches für 1922 zur Deckung der Ausgaben für allgemeine Zwecke des Friedensvertrages und der Reparationsleistungen einen Ueberschuß von 16 1/2 Milliarden Papiermark. 103,2 Milliarden an ordentlichen Einnahmen gegen 86,7 Milliarden an laufenden Ausgaben gegenüber.

3. Einschränkung der schwebenden Schuld und des Notenumlaufes.

Die Reichsregierung wird im Jahre 1922 die Auflegung einer inneren Anleihe versuchen. Die Ende 1919 aufgelegte Sparanleihenanleihe hat dem Reiche trotz Ausstattung mit mannigfachen Privilegien nur 1,8 Milliarden Mark Barerlös zugeführt. Sie muß als Mißerfolg bezeichnet werden. Die Möglichkeit einer wirklich umfassenden inneren Anleihe wird dann vorhanden sein, wenn das Vertrauen durch wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufbau des Reiches wiederhergestellt ist und wenn feststeht, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles den Reparationen ihre fundierten Reichsanleihen nicht beeinträchtigen können. Unabhängig von der Frage, wie bald freiwillig Garantien geschaffen werden können, wird die deutsche Reichsregierung zur Auflegung einer Zwangsanleihe gezwungen, deren Ertrag bestimmt ist, der Erhöhung der schwebenden Schuld Einhalt zu tun. Zu dieser äußersten Maßnahme, die nicht wiederholt werden

Der Wortlaut der Deutschen Reparationsnote.

Lübeck, 30. Januar.

Die Denkschrift an die Reparationskommission läßt deutlich durchblicken, daß sie die Arbeit einer Regierung ist, die bestrebt war und auch weiterhin bestrebt sein wird, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, andererseits aber auch den Nutzaufbring, die Unmöglichkeit der Erfüllung von Verpflichtungen, wie sie für dieses Jahr und in der Zukunft von uns verlangt werden, nachzuweisen. Die Aufstellung über die „Vermehrung der Einnahmen“ zeigt den Alliierten, wie weitgehend die Steuerkrone in Deutschland bereits angezogen ist, um den Verpflichtungen gerecht zu werden. Wir hätten gewünscht, das die Reichsregierung nicht nur von den Lasten des Verbrauchs gelassen hätte, sondern mit markanten Beispielen auch auf die Lage der Arbeiterschaft eingegangen wäre. Dennoch aber müssen wir uns mit den Grundzügen der Denkschrift einverstanden erklären, die unserer Politik gerecht werden, indem mehrfach der Gedanke zum Ausdruck gebracht wird, daß die Maßnahmen der deutschen Finanzpolitik den Zweck verfolgen, das Budget zu balancieren, um zur Erfüllung der Reparationen endlich eine feste Grundlage zu erhalten. Geschädter als das Kabinett Fehrenbach ist die Regierung Wirth dem Verlangen der Reparationskommission in gewissem Sinne nachgekommen, feste Angaben über die Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches zu machen. Wenn auch die Regierung keine festen Zahlen nannte, so gab sie den Alliierten immerhin gewisse Grundlagen zur Berechnung der deutschen Leistungsfähigkeit und umging so geschickt außen- wie innenpolitische Schwierigkeiten, die sich an die Reparationsnote in weitgehendem Maße knüpfen können. Trotzdem aber sind wir uns darüber klar, daß die Note, die bereits vor ihrer Veröffentlichung von englischen diplomatischen Kreisen in Berlin, die sicherlich nicht unterrichtet waren, als befriedigend bezeichnet wurde, bei den französischen Chauvinisten einen Sturm der Entrüstung hervorrufen wird, wie auch die Deutschnationalen im Reiche nichts unterlassen werden, um auf Grund der jüngsten Note der Reichsregierung neue Schwierigkeiten zu bereiten, und das Volk unter Hinweis auf den weitgehenden Erfüllungswillen der Reichsregierung aufzuheizen. Aber auch diese innerdeutsche Hege wird ihren Zweck verfehlen, umso mehr, als schon der Übergroße Teil des deutschen Volkes annehmen hat, daß die Reichsregierung auf dem richtigen

Wege ist, um Deutschland anderen Zeiten entgegenzuführen. Die Lösung der Steuerfragen im Reichstag hat das klar bewiesen.

Von besonderer Wichtigkeit ist der Schlussteil der Note, der ausdrücklich darauf hinweist, daß Deutschland zur Leistung der Reparationen nur dann imstande sein wird, wenn der Kredit des Inlandes und Auslandes für Finanzoperationen großen Stils in Anspruch genommen wird. Mit anderen Worten, wenn also die Erledigung der Reparationslasten sich nicht allein auf Maßnahmen der inneren Finanzpolitik beschränken, sondern Gold oder Goldwerte durch Gewährung internationaler Kredite geschaffen werden. Mit diesem Hinweis hat die Reichsregierung eine Frage angeschnitten, die für die Weltwirtschaft von außerordentlicher Bedeutung ist, und deren Lösung vielleicht der Konferenz in Genua vorbehalten bleibt.

Hoffen wir, daß in dem überwiegenden Teil der Entente-länder die deutsche Note, die der Beachtung wert ist, den Eindruck nicht verfehlt, und wir so der Verständigung, dem Völkerverständnis näher kommen.

Die dem alliierten Vertreter der Reparationskommission übergebene Note der deutschen Reichsregierung an die Reparationskommission hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident!

Die Reparationskommission hat durch die Entscheidung vom 13. Januar 1922 der deutschen Regierung für die beiden Fälligkeiten vom 15. Januar und 15. Februar 1922 einen vorläufigen Zahlungsausschub unter der Bedingung gewährt, daß die deutsche Reichsregierung binnen 15 Tagen

a) ein Reformprogramm für den Haushalt und den Notenumlauf mit geeigneten Garantien,
b) ein vollständiges Programm für Barzahlungen und Sachleistungen für das Kalenderjahr 1922 vorlegt.

Die deutsche Regierung entspricht hiermit diesem Verlangen.

I.

Reform des Haushalts und des Notenumlaufes.

Der deutschen Regierung und der deutschen Volksvertretung ist es gelungen, den Abschluß der im Jahre 1919 begonnenen vollständigen Reform der Reichsfinanzen unter Überwindung der

Wann hat sich die deutsche Regierung entschlossen, um wenigstens für das Jahr 1922 die Reparationsleistungen unter möglichst geringer Inanspruchnahme der Notenpresse finanzieren zu können.

Dem Bedenken, das die alliierten Regierungen aus der rechtlichen Abhängigkeit der Reichsbank vom Reichsanzler entnehmen, wird die deutsche Regierung Rechnung getragen. Sie wird dem Reichstag ein Gesetz vorlegen, durch das die zurecht rechtlich bestehende Befugnis des Reichsanzlers zu Einriffen in die Geschäftsführung der Reichsbank beseitigt und somit ihre Autonomie gesichert wird.

Ueber die gesamten Maßnahmen, welche zur Ordnung der Reichsfinanzen bestimmt sind, eruchen die weiteren Anlagen dieser Note den erforderlichen Aufschluß.

Die Durchführung aller dieser Maßnahmen bietet bestimmte Gewähr dafür, daß für die Erleichterung der schwelenden Schuld und die Stilllegung der Notenpresse alles geschieht, was von der deutschen Reichsregierung billigerweise erwartet werden kann.

Die deutsche Reichsregierung wird außerdem dafür Sorge tragen, daß genaueste Stofflisten über die Finanzstellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands künftig wieder in der vor dem Kriege üblichen Weise veröffentlicht werden.

II.

Programm für die Leistungen des Kalenderjahres 1922. Die vorstehend dargelegten Reformen des Reichshaushalts gewährleisten die Deckung der inneren Zahlungsverpflichtungen, die binnen jedoch eine gesunde Finanzierung der Reparationsleistungen nicht herbeiführen.

Die Einnahmen des Reiches bringen in der Hauptsache nur Papiergeld, mit welchem bei der inwärtigen völligen Entwertung der Mark Reparationsleistungen in Goldmark nicht geleistet werden können.

Die deutsche Regierung hat bereits mehrfach, zuletzt in Cannes, ausführlich die Gründe dargelegt, die zum Sturz der Mark geführt haben und die es Deutschland trotz höchster Kräfteanstrengungen zurzeit unmöglich machen, die gesamten Reparationsleistungen aufzubringen.

In der Hauptsache sind die folgenden Faktoren bestimmend: Rohstoffe besitzt Deutschland außer Kohlen nur noch wenig zur Verfügung. Der unentbehrliche Einfuhrbedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln beträgt jährlich je 2 1/2 Milliarden Goldmark.

Der Wert der Ausfuhr ist von rund 10 Milliarden Goldmark im Jahre 1913 auf rund 4 Milliarden Goldmark gefallen, das bedeutet unter Berücksichtigung der allgemeinen Steigerung der Weltmarktpreise eine Verminderung der Ausfuhr auf etwa jährlich den vierten Teil der Ausfuhr vor dem Kriege.

Die Zahlungsbilanz ist mit rund 2 Milliarden Goldmark passiv. Bei passiver Zahlungsbilanz ist eine neue Restriktion gar nicht möglich. Unter diesen Umständen bringt jede erhebliche Zahlung in Devisen eine neue Erschütterung des Marktkurses. Gleichzeitig entwertet sie alle inneren Einnahmen, steigert alle Ausgaben, vermehrt die Inflation und schwächt damit Deutschlands Fähigkeit zu Reparationszahlungen immer mehr. Wenn man das Reparationsproblem unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, so muß man zu dem Ergebnis kommen, daß es unbedingt erforderlich ist, Deutschland für längere Zeit, mindestens aber für das ganze Jahr 1922 von allen Reparationsleistungen in bar zu befreien.

Die deutsche Reichsregierung vertritt sich jedoch nicht der Erkenntnis, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen selbst die Löwenanteile der Reparationsleistungen für die deutsche Wirtschaft und die Finanzen des Reiches hinter die politischen Notwendigkeiten zurückstellen muß. Der deutschen Regierung ist bekannt, daß von alliierter Seite in Frankreich für Reparationsleistungen Deutschlands für das Jahr 1922 folgende Ziffern in Erwägung gezogen worden sind: 720 Millionen Goldmark in Barzahlungen, bis zu 1450 Millionen Goldmark an Sachleistungen. Die deutsche Regierung darf nicht unterlassen, darauf hinzuwirken, daß die Mittel zur Deckung so bedeutender Leistungen auch nach Durchführung der inneren Finanzreform am größten Teil nur durch Erhöhung der Erwerbslosen-Schutzleistungen werden können und daß sie mit Rücksicht darauf helfen muß, die deutschen Barzahlungen möglichenfalls unter Erhöhung der Sachleistungen auf geringe Beträge festzusetzen. Höchstens, wie die Hoffnungen der Reparationsleistungen für das Jahr 1922 erfolgen, läßt die deutsche Reichsregierung auf Grund der Vorbereitungen folgendes Programm für die Erfüllung der Reparationsleistungen vor:

- a) Auf die festzulegenden Beiträge werden die Barzahlungen und Sachleistungen angerechnet, die auf die Rückstellungen vom 15. Januar und 15. Februar 1922 bereits bewirkt sind und noch bewirkt werden. Die im Jahre 1922 danach noch zu leistenden Barzahlungen werden auf die Monate des Kalenderjahres 1922 gleichmäßig verteilt.
b) Die in fremder Währung zu erhaltenden Befugnisse werden auf die Gesamtleistungen des Jahres 1922 verrechnet. Die in Papiergeld zu leistenden Beiträge zu den Befugnisseleistungen werden bedauernd ermäßigt.
c) Die übrigen in fremder Währung zu zahlenden Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag zu Versailles, insbesondere die Reparationsleistungen auf Grund des Ausgleichsverfahrens, werden auf dem Wege besonderer Vereinbarungen auf ein erträgliches Maß zurückgeführt.

Was die Sachleistungen anlangt, so gibt Deutschland erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften an der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete mitzuwirken. In diesem Geiste ist das Wiesbadener Abkommen abgeschlossen worden. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, auch mit den anderen alliierten Regierungen Abkommen über die Sachleistungen abzuschließen.

Bei der Vornahme der Sachleistungen muß in Betracht gezogen werden, daß auch die Sachleistungen erforderlich, soweit dazu ausfindige Rohstoffe verwendet werden.

Die deutsche Reichsregierung bittet, die Sachleistungen für jedes betreffende Land getrennt festgesetzt werden und daß sie nur insoweit erforderlich werden, wie sie für das Jahr 1922 möglich gemacht werden.

III.

Die deutsche Regierung ist der Meinung, daß die Regelung der Reparationsleistungen für das Jahr 1922 allein nur einen ersten Schritt auf dem Wege zur Lösung des Reparationsproblems bedeutet; das Programm für 1922 beruht auf einem System, das, wie die vorliegenden Erörterungen ergeben haben, die deutsche Reparationsfähigkeit empfindlich schwächt. Monatlich oder vierteljährlich wiederkehrende Reparationszahlungen in fremder Währung verhindern Deutschland, seine Finanzen in Ordnung zu bringen. Es ist daher im Interesse aller beteiligten Länder geboten, für die deutschen Reparationsleistungen auf einer anderen Grundlage und für längere Zeit Vorkehrungen zu treffen. Dies sollte möglichst geschehen, da die Ungewißheit darüber, wie vom Jahre 1923 an die deutschen Leistungen erfolgen sollen, auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage nicht nur in Deutschland, sondern auch in den alliierten Ländern einen lähmenden Einfluß ausübt. Deutschland wird zur Leistung der Reparationen nur dann in der Lage sein, wenn der Kredit des Inlandes und des Auslandes für Finanzoperationen großen Stils in Anspruch genommen werden kann. Zurecht wird aber die Kreditwürdigkeit Deutschlands nicht nur durch die noch vom internationalen Kapitalmarkt erwarteten, sondern auch durch die allgemeine Unsicherheit, daß Deutschland in der Lage sein werde, unter den gegenwärtig gegebenen Bedingungen wirtschaftlich zu existieren, beeinträchtigt werden. Die deutsche Reichsregierung ist daher bereit, sich für eine neue Reparationsvereinbarung einzusetzen, die das Vertrauen der Welt in Deutschlands Zahlungsbilanz wieder herstellt, in die Beziehungen zu den alliierten Ländern einen dauerhaften Einfluß ausübt. Deutschland wird zur Leistung der Reparationen nur dann in der Lage sein, wenn der Kredit des Inlandes und des Auslandes für Finanzoperationen großen Stils in Anspruch genommen werden kann. Zurecht wird aber die Kreditwürdigkeit Deutschlands nicht nur durch die noch vom internationalen Kapitalmarkt erwarteten, sondern auch durch die allgemeine Unsicherheit, daß Deutschland in der Lage sein werde, unter den gegenwärtig gegebenen Bedingungen wirtschaftlich zu existieren, beeinträchtigt werden.

Die deutsche Reichsregierung bittet daher die Reparationskommission, diesen Erwägungen ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken, damit ein Weg gefunden werden kann, der Deutschlands Kredit im In- und Auslande wieder herstellt und eine große Reparationsanleihe durch internationales Zusammenwirken möglich macht.

Gerechtmäßig Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(gezeichnet) Dr. Wirth.

Die deutschen Vorschläge überreicht.

Paris, 30. Januar.

Die Antwort der deutschen Regierung an die Reparationskommission wurde gestern, Sonntag nachmittag 2 Uhr, dem Präsidenten Dubois übergeben. Nach einer Mitteilung des „Devoir“ hat Dubois dem Ministerpräsidenten Poincaré von seiner Enttäuschung, seiner Verlegenheit und seiner Beunruhigung über die deutschen Vorschläge Mitteilung gemacht und von Poincaré Ratsschläge verlangt. Dubois glaubt, daß die Entscheidung, die von der Reparationskommission verlangt wird, deren Autorität übersteigt und daß die Regierungen der Alliierten selbst diese Entscheidung treffen müssen. Der Reparationsauschuß wird nach den Vereinbarungen von Cannes die Vorschläge den Regierungen der Alliierten übermitteln. Nach der „Liberte“ wird der Reparationsauschuß zu den deutschen Vorschlägen vorläufig nicht Stellung nehmen. Die wichtigste Frage sei, ob die Regierungen der Alliierten selbst die Entscheidung treffen, oder ob sie den Auschuß damit beauftragen werden.

Deutscher Reichstag.

162. Sitzung am Sonnabend, 28. Januar, mittags 12 Uhr.

Der Wagenmangel bei der Reichseisenbahn.

Die Reaktion auf die Spannung und Ueberspannung der letzten Tage der großen Steuerkrise blieb nicht aus: Gähnende Leere herrschte im Reichstag. Am Regierungstisch Reichsminister Groener. Es sind ganze 25 Abgeordnete anwesend. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung. Die Besprechung der Interpellation Bergt (DVP) über den Wagenmangel der Reichseisenbahn wird fortgesetzt. Der Abgeordnete Pieper (USP.) weist auf die Hege gegen die Reichseisenbahn hin.

Unser Genosse Schumann betont nochmals gegenüber dieser Hege, daß die Sozialdemokratie eine Reform im Reichseisenbahnwesen erstrebt, daß sie sich aber gegen jede Enkthaltungsbahn zur Wehr setzt. Die großen Geldkreise — betonte unser Genosse — haben aus dem Elend der Eisenbahn große Gewinne gezogen. Die Materialpreise liegen geradezu ungeheuerlich. Die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Beamten liegen nicht entfernt so hoch wie die Materialpreise. Wenn das Eisenbahnpersonal keine Willkür tut und wenn der Betrieb wieder voll in die Höhe kommen soll, dann muß den berechtigten Wünschen des Personals viel mehr entgegenkommen werden. Wir sind noch viel vor der Auffassung, daß die Reichseisenbahn als Reichsbetrieb erhalten bleiben muß. Selbstverständlich sind wir dafür, daß karitative Grundzüge in die Führung der Verwaltung hineinkommen. Auch wir sind durchaus gegen jede Entkthaltung. Mittlere Besserung kann nur dann eintreten, wenn Angestellte, Arbeiter und Beamte zur verantwortlichen Mitarbeit herangezogen werden. Wenn der Wagenpark heute nicht groß und fast genug ist, so haben wir auch hier wieder alte Sünden. Die alte preussische Verwaltung hätte mit Reichlichkeit den Wagenpark vermehren können. Die Schwierigkeiten in der Wagenstellung werden durch das Verhalten der Industrie und Landwirtschaft vermehrt. Das Zurückhalten der Produkte und des plötzlichen Aufwandes der Waren beruhen aus Spekulationsgründen bringen Wirrwarr in den Transport.

Ministerialrat Sommerland betont, daß die Klagen über die Wagenstellung vielfach übertrieben werden. Im April, Mai und Juni seien zum Beispiel bei der Wagenstellung an der Ruhr gar keine Ausfälle eingetreten. Der vielfach verlaneite Pendelverkehr führe zu einer Bedrohung einzelner Verbraucher.

Werk (Spart. Volkspartei) fragt, daß gerade Bayern unter dem mangelhaften Wagenlauf leide.

Brenig (USP.) fordert Förderung der Sicherheit des Personals und des reisenden Publikums.

Dr. Kütz (DVP) vermißt bei der Reichseisenbahnverwaltung die nötigen Sicherungen. Der Dresdener Streit ist ein Beweis dafür.

Reichsverkehrsminister Groener erwidert, daß an die Generaldirektion Dresden ganz klare und scharfe Anweisungen ergegangen seien. Leider habe sich der Präsident der Generaldirektion nicht im Rahmen dieser Anordnungen gehalten. (Hört, hört!) Der Generaldirektor habe die Gelegenheit zu mißbenutzt. (Erneutes Hört, hört!)

Dr. Kütz (DVP) teilt nun mit, der Präsident der Generaldirektion habe die Verfügung angehängen mit den Worten: Ich habe in meinem großen Schmerz und Bedauern mitzuteilen... Reichsverkehrsminister Groener: Der Präsident hat meine Verfügung, wonach für Wiederannahme der Arbeit eine kurze Frist gesetzt war, eigenmächtig bis zum 26. Januar verlängert und hat sich nicht nach meinen Anordnungen gerichtet. (Hört, hört!) Auch bei den Entlassungen hat sich der Präsident nicht an meine Wünsche gehalten, sondern in milderer Form vorgegangen.

Im Schlußwort fragt der Abgeordnete Schröder-Regnitz (DVP), daß Regens, die für den Kuppeltransport verwendet waren, sehr nach dem Osten zurückgegangen seien.

Die Interpellation ist damit erledigt.

Es folgt der Bericht des Beamtenauschusses über die Grundzüge für die Beamtenaufbahn.

Alleforte (Z) empfiehlt eine Entkthaltung, die die Reichsregierung nicht, den Entschlüssen des Reichstages zum Beibehalten vom 17. Dezember 1920, betreffend Bestimmung von Grundzügen für die fünfstufige Laufbahn der Beamten der Reichsverwaltungen und der Länder, kleinsten Folge zu leisten.

Der Antrag wird angenommen.

Dr. Oberführer (DVP) empfiehlt einen Antrag des Ausschusses für das Bildungswesen, die Reichsregierung zu ersuchen, mit den Ländern darüber zu verhandeln, daß in den oberen Lehranstalten die Sprache der Nachbarländer resp. der Provinzen der spanischen Sprache genügend Berücksichtigung findet.

Das Haus vertagt sich auf Montag 2 Uhr.

Wahlen zum Moskauer Sowjet.

Moskau, 27. Januar.

Am 23. Januar begannen die Wahlen zum Moskauer Sowjet. Von den bisher gewählten 367 der kommunistischen Partei an 33 Parteien, die von den kommunistischen „Jeden“ angeschlossen wurden. Die kommunistischen Sitze, Danks, Danks, Danks, Danks und andere, wurden

wiederbewählt. Die anderen Parteien, Menschewiki und Sozialrevolutionäre scheinen diesmal noch weniger Kandidaten durchbekommen zu haben als bei früheren Wahlen. Bemerkenswert ist, daß von einzelnen Betrieben Martyn und Babina, die Führer der arbeiterlichen Matrosen vom Schwarzem Meer, die in Frankreich zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt sind, zu ihren Delegierten im Moskauer Sowjet gewählt worden sind. Die betreffenden Betriebe haben sich an Lichnerin mit der Bitte gewandt, Martyn und Babina von ihrer Wahl zu benachrichtigen und die französische Regierung zu eruchen, den beiden Gelegenheit zu geben, von ihren Rechten als Mitglieder des Moskauer Sowjets Gebrauch zu machen.

Tabakmonopol für Polen.

Warschau, 30. Januar.

Die Finanz- und Budgetkommission des polnischen Parlaments hat beschlossen, im ganzen Staate das Tabakmonopol einzuführen. Wie ferner mitgeteilt wird, ist Polen der Werner Eisenbahnkonzern beigetreten.

Furchtbares Brandunglück in Newyork.

Newyork, 29. Januar.

Am Sonnabend abend brach während der Vorstellung im Knicker-Boder-Theater Feuer aus, das mit rasender Geschwindigkeit sich griff und das ganze Theater alsbald in ein Flammenmeer hüllte. Nur ein Teil der Zuschauer konnte sich retten. Zahlreiche Personen fanden in den Flammen den Tod. Bis Sonntag früh 2 1/2 Uhr waren 40 Leichen geborgen. Man schätzt die Zahl der tödlich Unglückten auf 50 bis 100 Personen, während die Gesamtzahl der Verletzten 100 bis 200 beträgt.

Furchtbare Schneestürme in Newyork.

Newyork, 29. Januar.

Die amerikanische Bundeshauptstadt ist infolge ungeheurer Schneestürme von allen Verbindungen mit der Außenwelt abgeschnitten.

Die Grenze zwischen Rumänien und Jugoslawien endgültig festgesetzt.

Belgrad, 30. Januar.

Die rumänisch-serbische Grenzkommission in Temeswar hat die Grenze zwischen Rumänien und Jugoslawien endgültig festgesetzt. Die Grenze bleibt im wesentlichen so, wie sie durch den Vertrag von Sevres festgesetzt worden war.

Der Spul der großen Koalition.

Berlin, 29. Januar.

Die „verbündeten und sachlichen Garantien“ der Deutschen Volkspartei, die an die endgültige Verabschiedung der Steuerprojekte geknüpft werden, sind bis heute noch nicht klar präzisiert worden. Aus dem völksparteilichen Organ der „Zeit“, die noch vor kurzem mitteilte, daß unter den Garantien keine Umbildung der Reichsregierung zu verstehen sei, vernimmt man Leute aber, daß einzelne Volksparteiler tatsächlich nach einem Ministerwechsel streben. Insbesondere scheint den Herren des Reichswirtschaftsministeriums, das zur Regulierung der Kohlen- und Eisenpreise maßgebend ist, am Herzen zu liegen. Man beachtete, daß infolge der kommenden Neuregulierung der Kohlen- und Eisenpreise das Wirtschaftsministerium zur Einkalkulierung der Summen, die die Zwangsanleihe aufbringen soll, zu benutzen, also in Wirklichkeit die Läden wieder auf den Verbrauch abzuschließen. Diese Gedankenansätze, die in völksparteilichen Kreisen eifrig kursieren und besprochen werden, sind von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wohl zu beachten.

Seitens der Aufmerksamkeit ist schon deshalb not, weil besonders in demokratischen Kreisen die Regierungsumbildung mit Einschluß der Volkspartei erstrebt wird, und allem Ansehen nach auch gewisse Zentrumskreise diese Bestrebungen unterstützen. So schrieb z. B. die „Germania“ in ihrer Samstagabendausgabe u. a. folgendes:

Nachdem die klare, politische Linie gewonnen ist, wird die Konolidierung und Verbreitung der Regierungsbasis nicht mehr lange auf sich warten lassen. Darum braucht sie nicht nicht überhastet zu werden. Gewiß muß das gegenwärtige Kabinett erweitert werden, aber die Ergänzung sollte unserer Meinung nach mit einer Ueberlegung zum Zug erfolgen, ohne auch nur in Erörterungen über Kabinets-„Krisen“ einzutreten. Noch weniger sollte es dabei um Handel um Heronen kommen. Streng sachliche Gesichtspunkte allein dürfen maßgebend sein. In dieser Beziehung haben wir volles Vertrauen zu dem gegenwärtigen Reichskanzler. Herr Wirth hat heute eine tolle, vorwichtige Position, das er jetzt wohl die Ergänzung des Reichskabinetts in die Hand nehmen kann, und sie auch ausführen wird, wie die Politik, und wie sie allen es fordert.“

Gewiß kann der Reichskanzler eine Ergänzung der Regierung vornehmen, aber er kann keinem sozialdemokratischen Minister den Austritt aus dem Kabinett verhindern. Wir sind jederzeit mit der Ernennung hervorragender Wirtschaftspolitiker zu Ministern einverstanden, haben jedoch Werte mit der Hingabe der Volkspartei in die Regierung.

Die Forderungen der Ruhrbergleute.

Berlin, 30. Januar.

In den gestrigen Konferenzen der Ruhrbergleute wurde eine Entschlieung angenommen, in der verlangt wird: Die Sicherstellung der Rechte der Betriebsräte, idnellster Abschluß des Tarifvertrages einschließlich Regelung der Unorganisiertenfrage, Sicherungskontrolle und Anerkennung der von den Organisationen geführten Streiks.

Weisse Raben.

Ein verständiges Gerichtsurteil.

In den letzten Monaten werden in den verschiedensten Gegenden Deutschlands immer häufiger Schadenersatzklagen gegen Personen geltend gemacht, die im März 1920 bei der Abwehr des Kapp-Putschs Waffen beschlagnahmt oder in anderer Weise in private Rechte eingegriffen haben. Diese klägliche, gleichmäßige Bestimmung auf lang zurück-

gende Vorgänge dürfte nicht einem merkwürdigen Zufall entsprungen sein, sondern der planmäßigen Leistung einer unbekannteren Stelle. Um so wichtiger ist ein am 25. November 1921 vom Zweiten Zivilsenat des Oberlandesgerichts Kiel erlassenes Urteil, das die Schadenersatzklage mit folgender Begründung abweist:

Die Tat, die dem Beklagten zum Vorwurf gemacht wird, fällt in die Zeit des Rapp-Putschs. Die rechtmäßige Staatsgewalt und die republikanische Verfassung waren damals gefährdet. Die Gefährdung erschien in Kiel und der Umgegend, besonders auch in der Provinz, wo der Ort der Tat liegt, als eine große Verbindung mit der verfassungsmäßigen Regierung war nicht zu erlangen. Das alles ist gerichtsbekannt. Wenn unter diesen Umständen verfassungstreue Staatsbürger zum Schutze der bestehenden Verfassung sich zusammenschlossen, so kann ihnen das nicht zum Vorwurf gerechnet werden. Wenn diese Verhältnisse ihnen auch kein Recht gaben, sich über die geltenden Gesetze, insbesondere die strafrechtlichen Normen, hinwegzusetzen, so ist doch eine sorgfältige Prüfung geboten, ob im Einzelfalle ein Verstoß gegen die Gesetze sich als ein schuldhafter darstellt. Hier konnte die Erkenntnis der Verfassung drohenden Gefahr und das Bestehen obrigkeitlicher Anweisung es einem vernünftigen und besonnenen Manne geboten erscheinen lassen, zu außerordentlichen Mitteln zum Schutze der Verfassung zu greifen. Als ein solches Mittel konnte er, auch bei der notwendigen besonders sorgfältigen Überlegung, die Beschlagnahme von Waffen an solchen Stellen ansehen, die keine volle Gewähr dafür boten, daß von ihnen aus die Waffen nicht gegen die verfassungsmäßige Regierung verwendet werden würden. Daß solche Gewähr beim Kläger nicht vorhanden sei, konnte der Beklagte ohne Verschulden annehmen. Für die Prüfung der Frage stand bei der Notwendigkeit schneller Entschlüsse nur kurze Zeit zur Verfügung. Wenn daher ein Mißgriff vorgekommen und der Kläger den Aufruf andächtig abgeneigt gewesen sein sollte, so wäre dadurch der Vorwurf der Fahrlässigkeit gegen den Beklagten noch nicht gerechtfertigt. Zu seiner Entschuldigung muß es genügen, daß noch manche Landleute jener Gegend sich mit den bestehenden Zuständen nicht abgefunden hatten, und daß eine Unterstützung des Putschs von dieser Seite im Bereiche nicht entsetzlicher Möglichkeiten lag. Als das erforderliche Mittel, solche Unterstützung zu verhindern, konnte die Beschlagnahme der Waffen erscheinen."

Wir sind so oft genötigt, offensichtliche Mißgriffe der Justiz hier zu besprechen, daß es als eine angenehme Pflicht erscheint, auch einmal ein solches Urteil zu registrieren. In sich selbstverständlich, erscheint es gerade durch seine sachliche Würdigung politischer Geschehnisse als weiser Rabe unter seinesgleichen.

Über die hemmungslos radikalen Massen, auf die die KPD spezialisierte, waren tatsächlich nicht mehr da. Die überreizte Stimmung war bereits im Abflauen. Das zahlenmäßige Ergebnis der Hallenser Spaltung ist in diesem Punkte außerordentlich lehrreich. Zwei Drittel der in Halle versammelten Delegierten traten zu den Kommunisten über. 800 000 bis 900 000 organisierte Mitglieder zählte damals die USP. Danach hätten die Kommunisten einen Zuwachs von zirka einer halben Million Organisierten zu erwarten gehabt. Tatsächlich hat sie nur einen kleinen Bruchteil erhalten. Mit dem alten Stamm ihrer Mitglieder zählt die KPD nach eigenen Angaben 280 000, nach denen ihres abtrünnigen Flügels gar nur 180 000 organisierte Anhänger. Aus der Massenpartei ist nichts geworden. Ebenso sind große Wahlsiege völlig ausgeblieben.

Nach Halle glaubte man den Mißerfolg zunächst vertuschen zu können. Mit gewaltigem Geräusch trat die KPD in die Märzaktion ein. Heute gibt es selbst unter den rechtgläubigen Kommunisten niemanden, der diese Aktion nicht als Fehler bezeichnet. Aber man darf nicht übersehen, daß die Sache vor und nach der Märzaktion ein ganz verschiedenes Aussehen hatte. Die KPD war durch ihre Politik innerlich gegungen, die Märzaktion zu entfesseln, ob sie wollte oder nicht, und obwohl einjährige Führer den Mißerfolg voraussahen. Denn die KPD hatte mit kurzfristigen Wechsell auf den nahen Sieg der Weltrevolution gearbeitet. Sie hatte die Hallenser Spaltung mit der Vorbereitung herbeigeführt, daß die Revolution nun endlich in Einklang kommen werde, wenn erst die Massen unter kommunistischer Oberleitung ständen. Nun standen die Wechsell vor dem Verfall, es mukierte der Versuch ihrer Einlösung gemacht werden, wenn dem Führer auch angst und bange dabei war. Und als sich zeigte, daß in den wirklichen Massen jede Stimmung für diese wilde Aktion fehlte, da griff man zu den zweifelhaften Mitteln der Einzelnen Zündschnüre und Provokationen, um künstlich die Stimmung zu beleben. Diese Provokationstaktik bedeutete an sich eine völlige Bankrotterklärung. Denn sie besagte, daß man nur noch durch künstliche Mittelchen der Täuschung die Massen nach sich zu ziehen hoffte.

Die Märzaktion bedeutete nicht nur den materiellen und moralischen Bankrott des Putschismus, sie zeitigte auch den inneren Zerfall der KPD. Mag die „Rote Fahne“ die Abtrünnigen auch als „Führerclique“ bespötteln, fest

steht, daß fast alle bis zum März anerkannten Führer der KPD, wie Levi, Wolf Hoffmann, Täubig und so weiter sich von ihr gewandt haben. Mit ihnen sind fast alle Gewerkschaftsführer aus den Reihen der KPD gegangen. Daß von 26 Reichstagsabgeordneten der KPD, 15 zur KPD gegangen und nur 11 bei der KPD geblieben sind, ist ein Symptom dafür, daß die Spaltung doch keineswegs so bedeutungslos ist, als man sie im kommunistischen Lager hinzustellen sucht. Und vor allem: es bröckelt unaufhaltsam weiter. Auf die Levi-Gruppe folgte die Friesland-Gruppe.

In dieser Not hat die kommunistische Partei selber versucht, das Steuer herumzuwerfen. Es sei erinnert an jene merkwürdigen Artikel Karl Rades in der „Roten Fahne“, die ihrer Zeit hier gewürdigt wurden. Derselbe Radek, der die KPD lange Zeit wie kaum ein zweiter in ihrer Putschtaktik bestärkt hat, jetzt jetzt die Notwendigkeit auseinandersetzen, Koalitionspolitik zu treiben und die demokratische Politik gegen rechts selbst mit der Waffe zu verteidigen. Wenn die Moskauer Zentrale diese veränderte Taktik dekretiert, so freist das doch nichts anderes, als daß sie die Einstellung der KPD auf eine nahe Revolution preisgibt. Sie erkennt, daß Phantastereien in der Masse immer schwächeren Widerhall finden und verlangt eine realpolitische Einstellung, die freilich die festgelegte Führung der Partei nicht so bald zu finden vermag.

Überblickt man das Ganze, so ergibt sich folgende tragische Groteske: In der USP, die die erste Spaltung der einheitlichen Partei herbeiführte, ist die Sehnsucht nach Wiedervereinigung sehr stark geworden. Weiter: Diefelben Leute, die seinerzeit die USP in Halle spalteten, um ihren linken Flügel zu den Kommunisten zu führen, sind mit der offiziellen kommunistischen Partei zerfallen und erstreben mit vielen anderen den Wiederanschluss an die USP. Was noch an unbeherrschbaren Phantasten übrig geblieben ist, zerstreut sich selber in der größten Uneinigkeit. Die Politik der Phantasterei hat sich selbst abgewirtschaftet, die Bahn für eine Wirklichkeitspolitik der Arbeiterklasse beginnt frei zu werden. Freilich nicht ohne die traurigen Begeisterungseinnahmen, daß der Todesstampf der Revolutionsphantastik einen Teil der ernüchterten Phantasten ins Lager der Zirkulanten treibt. Aber sie werden wiederkommen, je mehr die Geschichte erweist, daß die starke Wirklichkeitspolitik der alten Sozialdemokratischen Partei das Bleibende und alle Phantasterei nur Episode in der Arbeiterbewegung gewesen ist. (Vorwärts.)

VOLKSWIRTSCHAFT

Wie groß ist jetzt das deutsche Volkseinkommen?

Von Dr. K. Luczynski.

(Nachdruck verboten.)

Vor dem Kriege war die Einkommensgliederung im deutschen Volke etwa so: Von den Haushaltungsvorständen und Einzelsteuern mit eigenem Einkommen hatten:

a)	MIL.		durchschnittlich im ganzen	
	unter	über	MIL.	Millionen MIL.
10 000 000	1 000	3 000	700	7 000
11 500 000	1 000 bis	3 000	1 600	18 400
1 400 000	3 000	10 000	5 000	7 000
250 000	10 000	100 000	22 500	5 625
10 000	über	100 000	245 000	2 450

zusammen 40 475

Das gesamte Volkseinkommen betrug rund 40 Milliarden Mark. (Zur allgemeinen Charakterisierung der fünf Gruppen sei kurz bemerkt: Gruppe a umfaßt vor allem ländliche Arbeiter und Arbeiterinnen, Diensthoten und städtische Arbeiterinnen, Gruppe b städtische Arbeiter, untere Angestellte und Beamte, Handwerksmeister und Bauern, Gruppe c mittlere und höhere Beamte, Ärzte, Rechtsanwälte, Gutsbesitzer, Industrielle und Kaufleute, Gruppe d und e Großgrundbesitzer, Großindustrielle, Großkaufleute. Die Rentner verteilen sich natürlich auf alle Gruppen.)

Heute ist die Bevölkerung infolge der Gebietsabtretungen wesentlich geringer. Die Einkommen sind aber im allgemeinen (in Papiermark) erheblich höher als früher (in Goldmark). Man wird vielleicht annehmen dürfen, daß das Einkommen in Gruppe a (vor dem Kriege unter 1000 Mk.) heute zumeist unter 10 000 Mk. und durchschnittlich 5000 Mk. betragen wird, in Gruppe b (vor dem Kriege 1000 bis 3000 Mk.) im allgemeinen 6000 bis 30 000 Mark und durchschnittlich 15 000 Mk., in Gruppe c (vor dem Kriege 3000 bis 10 000 Mk.) im allgemeinen 10 000 bis 30 000 Mk. und durchschnittlich 25 000 Mk., in Gruppe d (vor dem Kriege 10 000 bis 100 000 Mk.) im allgemeinen 25 000 bis 30 000 Mk. und durchschnittlich 75 000 Mk., in Gruppe e (vor dem Kriege über 100 000 Mark) im allgemeinen über 200 000 Mk. und durchschnittlich 700 000 Mk. Von den heutigen Haushaltungsvorständen und Einzelsteuern mit eigenem Einkommen würden danach etwa haben:

	durchschnittlich		im ganzen	
	MIL.	Millionen MIL.	MIL.	Millionen MIL.
9 000 000	5 000	45 000		
10 000 000	15 000	150 000		
1 200 000	25 000	30 000		
220 000	75 000	16 500		
9 000	700 000	6 300		

zusammen 247 800

Das gesamte Volkseinkommen würde danach annähernd 250 Milliarden Mark betragen. Das ist reichlich 6mal soviel wie vor dem Kriege und — unter Berücksichtigung der Gebietsabtretungen — reichlich 7mal soviel auf den Kopf der Bevölkerung.

Man wird einwenden: wie ist das möglich; die Arbeiter verdienen jetzt doch trotz verkürzter Arbeitszeit zwölfmal soviel wie früher. Darauf ist zu sagen: Es ist richtig, daß die Arbeiter heute, soweit sie voll beschäftigt sind, durchschnittlich zwölfmal soviel verdienen wie früher, und es ist auch richtig, daß zahlreiche Landwirte, Industrielle und Kaufleute heute mehr als zwölfmal soviel verdienen wie früher. Aber es ist nicht minder richtig, daß die Gehälter der mittleren und höheren Angestellten, daß die Berufseinkommen der Ärzte, Schriftsteller usw. nicht durchweg auf das zwölffache gestiegen sind und daß das Einkommen aus Kapitalvermögen, das ja nicht nur für die eigentlichen Rentner, sondern mehr oder weniger auch für zahlreiche Beamte, Angestellte, Angehörige freier Berufe usw. in Frage kommt, größtenteils gar nicht gestiegen ist.

Man wird einwenden: es ist ja gar nicht möglich, daß das durchschnittliche Einkommen nur reichlich sechsmal so hoch ist wie vor dem Kriege, denn die Kosten der Lebenshaltung sind fast auf das Zwanzigfache gestiegen. Darauf ist zu sagen: Es ist richtig, daß das Existenzminimum heute annähernd zwanzigmal soviel

leitet wie früher, und es ist auch richtig, daß so mancher, der vor dem Kriege ein bescheidenes Dasein fristete, heute recht üppig lebt. Aber die neuen Reichen erscheinen zahlreicher als sie tatsächlich sind, weil man sie überall trifft, und weil sie durch ihre Neigung, das meist müßlos erworbene Geld zu verschwenden, sofort zu erkennen sind. Viel häufiger als die neuen Reichen sind jedenfalls diejenigen, die vor dem Kriege ein Einkommen von, sagen wir, über 15 000 Mk. hatten, und die heute zwar viel schlechter als früher, aber doch noch recht auskömmlich leben, ohne ihr Einkommen verleben zu haben. Vor allem aber hat tatsächlich die Mehrheit der städtischen Bevölkerung nicht einmal das Existenzminimum, während dies vor dem Kriege nur für einen kleinen Bruchteil galt. Endlich darf nicht übersehen werden, daß während die Bevölkerung früher bei einem Einkommen von durchschnittlich 600 Goldmark pro Kopf vielleicht 500 Goldmark ausgab, sie heute bei einem Einkommen von durchschnittlich 4000 Papiermark wohl 5000 Mk. ausgibt, also vielsach von ihrem Vermögen zehrt oder Kredit in Anspruch nimmt, d. h. mehr verbraucht als sie einnimmt. Denn von seinem Vermögen zehrt ja nicht nur der Minderbemittelte, der seine Spargroschen angreift, sondern z. B. auch der Kapitalist, der im Laufe eines Jahres von seinem Bankguthaben 20 000 Mk. abhebt, während gleichzeitig der Kurswert seines — unveränderter — Effektenbestandes von 400 000 Mk. auf 600 000 Mk. gestiegen ist, und ebenso der Kapitalist, der von den 50 Aktien, die er zu Beginn des Jahres hatte, am Schluß nur noch 45 Aktien besitzt, während diese 45 Aktien auch noch soviel mehr „wert“ sein als es die 50 Aktien vor einem Jahre waren. Hierüber herrscht in weitesten Kreisen größte Unklarheit. Tatsächlich beruht denn auch ein Gutteil der heutigen Überrechnungen des deutschen Volkseinkommens auf einer Verwechslung von Einkommen und Verbrauch.

Devisen-Kurse.

		Berlin, 28. Januar.	
		Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.	
		28. Jan.	27. Jan.
Amsterdam	100 fl.	7887 60	7860 10
Büffel (Antwerpen)	100 Frs.	1878 40	1868 40
Kristiania	100 Kr.	3151 60	3134 85
Kopenhagen	100 Kr.	4005 95	4030 95
Stockholm	100 Kr.	5044 95	5039 95
Helsingfors	100 Finn. Mk.	395 60	382 60
Rom	100 Lire	886 60	889 10
London	1 £	852 60	851 60
New York	1 Doll.	200 40	21 29
Paris	100 Frs.	164 35	164 85
Zürich	100 Frs.	390 05	393 05
Madrid	100 Pesetas	3021 95	3041 95
Wien	100 K.	5 78	5 78
Budapest	100 K.	29 27	28 72
Prag	100 K.	390 10	391 60

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrtzeit	Loge	Sto.
Angekommen am 28. Januar.							
D.	Peter	Wulfermann	Augustin	v. See		4	
D.	Fehmarn	Stüben	v. See			2	
D.	Lübeck	Drehschiff	Stüben	Stüben		1	
D.	Jürgen	Röhm	Stüben	Stüben		1	
Angekommen am 29. Januar.							
D.	Malmö	Wulf	Reppenhausen			2	
D.	Napaden	Verison	Wolberg			6	
D.	Harbon	Carlens	Ropenhausen			1 1/2	
D.	Harbon	Wölfer	v. See			1/2	
D.	Amian	Carlson	v. See			1/2	

Verantwortlich: für Inhalt und Volkswirtschaft Dr. K. Leber für Anzeigen Lübeck und Neuland Hermann Bauer für Partei und Gewerkschaften August Schulz für Inserate Heinrich Steinberg Druck von Friedrich Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

Eine sterbende Phantasie.

Das Gebiet der Massenpsychologie ist noch sehr wenig erforscht. Aber alle Zeitalter der Geschichte geben uns Beispiele dafür, daß langjähriger Krieg, andauernde Hungersnot oder unheimliche Seuchen regelmäßig eine starke Veränderung der Denkweise nicht nur bei einzelnen, sondern bei großen Massen hervorrufen. Diese Veränderung äußert sich im allgemeinen darin, daß das ruhige, überlegte Denken zurückgedrängt wird von mystischen Schwärmerieen, deren Analogie in normalen Zeiten auf ihre Verbreitung hemmend wirkte, jetzt aber von vielen nicht mehr empfunden wird.

Der Weltkrieg und seine zerrüttenden Folgerscheinungen haben einen großen Teil der europäischen Bevölkerung aus dem seelischen Gleichgewicht gebracht. Die einen sind in nationalistische Raserei verfallen. Bei den Nationalisten des geschlagenen Deutschlands sehen wir den Wunderglauben wuchern, wenn ihre Presse „den Mann“ prophezeit, der mit überirdischen Kräften begabt, Deutschland zum Siege gegen alle seine Feinde führen werde, oder wenn sie in ähnlicher Weise die kommende Rache ankündigt, ohne daß aus den tatsächlichen Verhältnissen irgendein möglicher Weg zu solchen Phantasien führte.

Aber auch große Teile der Arbeiterklasse hatten den realen Wirklichkeitsinn zeitweilig verloren: Der mühselige Erfolg der Revolution im Zusammenbruch des alten Deutschland versetzte viele in einen Taumel. Der scheinbar unermessliche Sieg ließ sie übersehen, daß seine sachlichen Auswirkungen infolge der Niederlage und des äußeren Druckes auf Deutschland nur begrenzt sein konnten.

Man braucht es einer Arbeiterklasse, die durch Kriegszeit und Nachkriegszeit physisch und moralisch geschwächt war, menschlich nicht zu verargen, wenn auch sie zum Teil der Glendepression unterlag. Tatsächlich und historisch betrachtet ist dieser Umstand aber ein folgenschweres Verhängnis für die Arbeiterklasse geworden. Sie war klares und nüchternes Denken so notwendig als damals, wo inmitten des allgemeinen Zusammenbruches die Sozialdemokratie sich als das einzig feste erwies. Hätten alle Teile der organisierten Arbeiterklasse diese Eigenschaften gezeigt, so würde heute die Führung der Arbeiterklasse in Deutschland unbestritten sein.

Nach und nach bricht sich diese Erkenntnis Bahn. Leider waren erst sehr schmerzliche Erfahrungen innerlich nötig, um ihr den Weg zu bereiten. Aber die Erkenntnis innerhalb der Arbeiterklasse, daß man sich auf die Wirklichkeit einstellen muß, anstatt utopischen Schwärmerieen nachzugehen, ist in erfreulichem Wachstum. Die Wellen der schwärmerischen Erregung ebbten ab und man kann mit Faust sagen: „Vernunft fängt wieder an zu sprechen“.

Die Geschichte der linksradikalen Parteien gibt ein anschauliches Bild davon. Welcher Weg von der USP, die im Januar 1919 noch die Wahlen zur Nationalversammlung mit Gewalt verhindern zu müssen glaubte, zu der USP, die das Rabinett Wirth unterstützte! Freilich, gleich nach der Revolution, als die überhitzten Massen die auf Vernunft und Tatsachen begründete Politik der SPD zum Teil noch nicht verstanden, da war die USP zunächst das Sammelbecken für alle phantastischen Revolutionschwärmer. Heute nähert sich die Politik der USP immer mehr der einst von ihr bitter beärgelten Politik der Sozialdemokratie, wenn auch die letzten Illusionen noch nicht geschwunden sind.

Eine noch deutlichere Sprache als die Entwicklung der USP, redet der Mißerfolg der Kommunisten. Sie hatten gleich links von den Unabhängigen eingeleitet, aber sie konnten es nicht zu bedeutender Anhängerzahl bringen, solange die USP von radikaler Agitation lebte. Wie dann die USP durch die Verhältnisse an den Scheideweg gestellt wurde, da hofften die Kommunisten, die lachenden Erben zu werden. In Halle führten sie die Spaltung der USP herbei und zogen den linken Flügel zu sich herüber, in der sicheren Erwartung, nun aus einer Sekte zur Massenpartei anzuwachsen.

Freistaat Lübeck.

Montag, 30. Januar.

Bautätigkeit in Lübeck.

307 neue Wohnungen. — 2031 Personen Bevölkerungszuwachs.

1921 sind hier nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes 242 neue Wohngebäude mit 307 Wohnungen entstanden. 16 Neubauten wurden vom Staat, 103 von industriellen Betrieben und 10 von gemeinnützigen Bauvereinigungen errichtet. Die meisten neu erbauten Gebäude waren Einfamilienhäuser (135); nur 57 hatten zwei und mehr Wohnungen. Durch Teilung, Um-, An- und Aufbau wurden ferner noch 350 Wohnungen hergestellt und 41 wieder beseitigt. Es sind somit im ganzen 616 Wohnungen in Zugang gekommen. Ein Vergleich der Bautätigkeit mit früheren Jahren gibt folgendes Bild:

In Zugang gekommene							
Häuser		Wohnungen		Häuser		Wohnungen	
1900	247	789	1911	105	296		
1901	207	735	1912	65	238		
1902	172	627	1913	75	254		
1903	140	670	1914	109	313		
1904	135	628	1915	40	75		
1905	103	471	1916	5	11		
1906	133	581	1917	3	8		
1907	106	492	1918	12	169		
1908	81	389	1919	64	439		
1909	158	762	1920	216	934		
1910	120	571	1921	238	616		

In dem zweiundzwanzigjährigen Zeitraum seit 1900 sind hier nach insgesamt 2564 Wohngebäude und 10163 Wohnungen in Zugang gekommen. Hiervon entfallen auf den Zeitabschnitt 1900/1910 6715 und auf 1911/21 3448 Wohnungen. Den größten Wohnungszugang in diesen 22 Jahren weist das Jahr 1920 mit 934 und den kleinsten das Jahr 1917 mit nur 3 Wohnungen auf. Im ersten Jahrzehnt sind durchschnittlich 610, im letzten dagegen nur 313, also nur die Hälfte, neue Wohnungen entstanden. Dieser Ausfall läßt sich nicht in ein paar Jahren wieder ausgleichen, wir werden daher leider noch mit einer länger anhaltenden Wohnungsnot zu rechnen haben. Zumal die Zuwanderung in Lübeck noch immer eine ziemlich große ist: 1921 wanderten wieder 1218 (1920: 3191) Personen mehr zu als ab und der Geburtenüberschuß betrug 813 (862), so daß die Bevölkerung sich um insgesamt 2031 Personen vermehrte.

Die Not der Schauspieler.

Im Winter 1918 wurde ich vom „Kommunalen Jahrbuch“ eingeladen, die Ergebnisse einer auf Anregung der Herausgeberin von der „Genossenschaft deutscher Bühnengedrehter“ eingeleiteten Enquete über die wirtschaftliche Lage der Stadttheater und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Bühnengedrehten für die Öffentlichkeit zu bearbeiten. Diese erfolgte im „Kriegsband des Kommunalen Jahrbuchs“. Gegen Ende des Jahres 1921 hat die „Genossenschaft deutscher Bühnengedrehter“ abermals eine Rundfrage an ihre Bezirksauskünfte gestellt, die sich diesmal auf Feststellung der zurzeit üblichen Mindestgehälter beschränkte. Wie diesen die Ergebnisse dieser Enquete, von Wolfgang Müller, dem Statistiker der Genossenschaft, wohlgeordnet, vor. Sie ermächtigen, festzustellen, ob die Lage der Theaterarbeiter unter den Bühnengedrehten sich seit 1917/18 verbessert habe. Eine Frage, die immer — gegenwärtig aber besonders — aktuell ist, weil jetzt gerade wieder Tarifverhandlungen schwelen, die dieser Tage bereits den partiiellen Schlichtungsausschuß der beiderseitigen Organisationen beschäftigt haben.

1918 wurden die Prozeduren der Genossenschaft aus 38, 1921 aus 55 Städten von 60 Theatern beantwortet. Die Ermittlungen von 1918 ergaben als Mittelmonatsgehälter in Wörlik 750 Mk., Ritzhaura 140 Mk., Halle und Tüft 125 Mk., Danzig 170 Mk., Nordhausen 110 Mk., Eisenach und Danabütz 100 Mk., Wauzen und Kiel 90 Mk., Posen 88 Mk., Diegnitz 75 Mk., Rattow 30 Mk.

Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schüding.

15. Fortsetzung.

„Ne Weiter, komme vor dir? Aber du bist eine Hexe, du bist eine Giftmischerin, du bist das infamste Uebel, das in Mittelbergelast durch die Welt geht; du bist der Satan, du willst mich vergiften für Geld, du Judas, du Silberling du! O du Bekette! Ich will dich hängen lassen, erhängen, verbrennen sollst du, auf den Holzstoß mit dir, durch den Rauchfang soll dich der Teufel holen!“

Nach wie ein sprudelndes Bergwasser strömten diese Worte von den Lippen des Gutsheeren. Herr von Drielsch hatte immer die alte Römische Margret nicht recht leiden können; er begriff oft selbst nicht, wie er dazu gekommen, sie als Verwalterin anzunehmen — nun ja, damals kannte er sie nicht; aber seitdem hatte sie ihm so oft ein unheimliches Gefühl gemacht, sie hatte ihm fast sein eigenes Gut verleidet — es war ihm außerordentlich angenehm, sie endlich einmal mit Ehren aus dem Hause werfen zu können.

Margret ward weiß wie Kreide im Gesicht, aber sie hielt sich aufrecht und sprach die Worten ihres Gutsheeren mit einem Ausdruck der peinlichsten Spannung zu. „Was ist denn? — was ist?“ unterbrach sie ihn jeden Augenblick, bis Herr von Drielsch herausgepoltert hatte: „Hast du nicht Geld angenommen, Geld von meinem Todfeinde, um mich zu vergiften oder zu belegen?“

Als Margret so endlich herausgebracht hatte, worin ihr Verbrechen bestete, ging sie gefast zu ihrem Platz am Herde zurück, hemmte die Ellbogen auf die Arme und barg ihr Gesicht in beide Hände. Unterdes hatte der Röm die Domestiken herbeigezogen; sie füllten schon die Zugänge, nur Anton stellte sich dreist hinter die Arme, um auf einen Blick seines Herrn, für den er durchs Feuer gelaufen wäre, sie beim Krachen zu fassen. Die anderen schauten zu, einige mit heimlicher Freude; die Römische Margret war durch ihr schneidendes, gebieterisches Wesen gar nicht besonders beliebt bei ihnen; andere teilnahmslos, aber doch immerhin durch den Umstand in eine gewisse beglückte Stimmung gesetzt, daß es etwas Neues gebe, das sie aufregte und nicht auf ihre Kosten ging.

Margret, wenn sie auch regungslos darsaß, sah das alles recht wohl; sie breitete ihre Finger um ein Unmerkliches auseinander und schaute nur ganz ungehindert hindurch und in die Gesichter der Anwesenden. Was sie sah, verlegte sie in einen heftigen inneren Kampf; sie war erzregt bis zur Leidenschaft, und dies Volk, das sie insgesamt nicht leiden konnte, mit dem sie beständig in Haber lag, um ihm Respekt und eine gewisse abergläubische Scheu einzufößen, wollte über sie triumphieren! „Herr“, sagte sie, „ich erhebe mich und strahle und fest wie eine Säule dastehend, Herr, gebt einer Augenblick dort mit mir in meine Kammer

1921 wurden als niedrigste Monatsgehälter ermittelt: 550 Mark beim Stadttheater in Elm und beim Zentralhallentheater in Suht i. Th., 600 Mk. beim Stadttheater in Wauzen, 700 Mk. bei den Stadttheatern in Wauzen, Dören, Frankfurt a. O., Hanau am Main, Jitzau und Zwidau und bei den Kammertheatern in Rheydt.

Es wurden Monatsgehälter ermittelt bis zu 600 Mk. in drei Fällen, bis zu 700 Mk. in sieben, bis 800 Mk. in elf Fällen, bis 900 Mk. sechsmal, bis zu 1000 Mk. achtmal, bis 1250 Mk. einmal, bis 1500 Mk. neunmal, bis 1700 Mk. viermal und je 1708 und 1930 Mk. in einem Falle.

Die 1918 ermittelten Mindestmonatsgehälter bewegten sich zwischen 30 Mk. (Rattowitz) und 150 Mk. (Wörlik); die 1921 ermittelten zwischen 550 und 1700 Mk. Das bedeutet eine nominelle Erhöhung um das Elf- bzw. Zwölffache, durchschnittlich also etwa um das Vierzehnfache. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Beträge von 1917/18 denen gleicher, die schon vor dem Kriege gezahlt worden sind. Es handelt sich hierbei um Goldwertbeträge, während die 1921 ermittelten in Papiermark gezahlt wurden. Nach Berechnungen Kucynskis war die Papiermark im November 1921 etwa 8 Btg. wert und die Kosten des Existenzminimums etwa elfmal so teuer wie vor dem Kriege. Somit steht der nominellen Erhöhung der Mindestgehälter um das Vierzehnfache eine Steigerung der Kosten der Lebenserhaltung um das Elfache bei gleichzeitiger Entwertung des Geldes um das Siebzehnfache gegenüber. Das nach den Feststellungen von 1918 unmöglich Scheinende ist Ereignis geworden; die Lage der Theaterarbeiter unter der Bühnengedrehten hat sich seitdem oberhalb der Verhältnisse, und der Lohn im Schlusswort zu der Darstellung im „Kriegsband des Kommunalen Jahrbuchs“ bedeutet heute eine noch düßere Wirklichkeit. In dieser Niedrigung darbt ein an Zahl großes Bühnengedrehtes, und viel Befähigung und ideales Streben geht in seiner Not zugrunde.“ Viktor Noack.

Am morgigen Dienstag abend 8 Uhr spricht im Johanneum der heftliche Kultusminister Dr. Strecker über:

Erziehung zum Weltfrieden.

Freie Aussprache.

Deutsche Friedensgesellschaft.

Bildung des Finanzgerichts im Bezirke des Landesfinanzamts Mecklenburg-Lübeck. Dem Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck wird ein Finanzgericht angegliedert, bestehend aus drei Kammern, die der 1. und 2. Kammer ist Schwerin, die der 3. Kammer ist Lübeck. Die Gesamtzahl der für das Finanzgericht zu wählenden ehrenamtlichen Mitglieder und Vertreter beträgt 52. Wahlberechtigt sind: der Landtag von Mecklenburg-Schwerin (12 Mitglieder und Vertreter), der Landtag von Mecklenburg-Strelitz (3), der Senat in Lübeck (2), die Bürgervereine in Lübeck (4), der Landesausschuß des ostvorpommerschen Landesteils Lübeck (3), der Amtsausschuß des ehemaligen Fürstentums Rügen (2), die Handwerkskammer in Schwerin (2), die Gewerkschaft in Lübeck (2), die Mecklenburg-Schwerinsche Landwirtschaftskammer (3), die Mecklenburg-Strelitzsche Landwirtschaftskammer (2), die Landwirtschaftskammer in Lübeck (1), die Landwirtschaftskammer des ostvorpommerschen Landesteils Lübeck in Güntz (1), die Landwirtschaftskammer für das ehemalige Fürstentum Rügen (1), die Bezirksarbeiterräte (9). Die ehrenamtlichen Mitglieder und Vertreter werden zum ersten Male für die Zeit vom 1 April 1922 bis zum 31. März 1928 gewählt.

Eine soziale Tat der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft. In Vorlesungszeiten versuchten es Großunternehmungen, sich durch Bau von Werkswohnungen einen gewissen Arbeiterstamm zu sichern. Sie gaben sich dadurch nach außen den Anschein so-

zialen Verständnisses, während sie in Wirklichkeit recht reelle Hintergedanken hatten. Die Inhaber solcher Wohnungen mußten sich in den meisten Fällen verpflichten, mit der Auflösung des Arbeitsverhältnisses auch die Wohnung sofort zu räumen. Daraus glaubte man, die verfluchten Streiks durch solche Mittel aus der Welt schaffen zu können. Zu Gange kamen die Unternehmungen mit ihren Plänen nie recht. Die Drehung des Weltlaufes zeigt heute einmal ein anderes Bild. Der Direktor der Lübeck-Büchener Eisenbahn blieb es vorbehalten, Bahndirektor der neuen Richtung zu werden, und zwar in einer Weise, die dem zartesten Angehörigen klar machen muß, wie wenig auf die schönsten Augenverehrung eines Direktors zum Wohlwollen seiner „Untergebenen“ gegeben werden kann. Die Lübeck-Büchener Bahn dreht heute den Schuh um und verflucht die Treue fast 50jähriger Beamter durch einen platten Hinauswurf zu befehlen. Die Gesellschaft beschloß, ihren Ruhegehaltsempfängern widerwillig eine besondere Unterstützung aus Betriebsmitteln zu gewähren, soweit sie nach dem 1. April 1920 und vor dem 1. Oktober 1921 in den Ruhestand getreten sind. Das wäre sehr nett von der Lübeck-Büchener Bahn, wenn sie nicht einen schätzbaren Bodensatz an ihr Vorhaben fräpsten würde. Sie teilt einem ihrer früheren mittleren Beamten, der ihr 46 Jahre treu und brav gedient hat, mit: daß er diese Sonderergänzung nur erhalte, wenn er seine Dienstwohnung verlasse. Die Direktion hat die Kühnheit, ihrer Ankündigung folgende Hungerdrohung anzuhängen:

„Sie würden hier nach neben Ihrem Ruhegehalt im Betrage von 9720 Mk. eine laufende Unterstützung von jährlich 3240 Mk. erhalten können. Diese Unterstützung werden wir auch Ihnen nach dem Tode an zahlen lassen, an welchem Sie die Dienstwohnung räumen und uns zur Verfügung stellen.“

Höher kann die Ausnutzung einer Notlage denn doch nicht getrieben werden. Der Mann wohnt seit vierzig Jahren in der Halle, das die Lübeck-Büchener Bahn vor dreißig Jahren erworben hat. Er ist heute natürlich so wenig wie jeder andere in der Lage, auf Knall und Fall eine andere Hülfe zu bekommen. Die künftige Rente für die lange Dienstzeit reicht natürlich nicht weit. Um den Zuschuß zu erhalten, bemühte er sich nach einer anderen Wohnung, aber vergeblich. Obwohl also die Wohnungsnot so groß ist, benutzt die Lübeck-Büchener Bahn die Gelegenheit, einen über 70jährigen früheren Beamten aus seiner Wohnung hinauszutreiben. Der Vorgang ist so unerhört, daß man zu der Ansicht kommen könnte, die Lübeck-Büchener Bahn wolle sich von der Zahlung der Sondervergütung überhaupt drücken. Das ganze Vorhaben illustriert die Beamtenfreundlichkeit gewisser Kreise in eigener Art. Frage weiter am Sonntag oder vertriebe dich in ein elendes Loch. Das ist der Sinn dieser „sozialen“ Tat!

Niederdeutsche Arbeitsgemeinschaft. Man schreibt uns: Zur Pflege des Plattdeutschen wurde am 22. Januar in Neumünster eine Verammlung abgehalten, in der über den Zusammenschluß der plattdeutschen Vereinerungen verhandelt wurde. Mehr als 100 Vertreter der verschiedensten Verbände waren zusammengekommen. Mehr als hundert kleinen und größeren plattdeutschen Vereinerungen — auch die Platte, Volksall Lübeck hatte Vertreter geschickt — waren der Schleswig-Holsteiner Bund, Heimatvereine, der Norddeutsche Bund, die Direktoren der großen Heimatvereine in Altona und Kiel, Sprachforscher, Vertreter des freien Bildungswesens, Schriftsteller, Volkoren usw. vertreten. Der Vorsitzende des plattdeutschen Landesverbandes, Frick Wilsch (Kiel), gab eine Uebersicht über die bisher geleistete Arbeit. Dann übernahm Herr Prof. Mensing-Kiel die Leitung. Nachdem man sich über die Hauptzwecklinien geeinigt hatte, gelang es, das neue Haus unter Dach und Fach zu bringen. Eine große Arbeitsgemeinschaft wurde gegründet, die nun alles, was zwischen der hänischen Grenze und der Elbe auf dem Gebiete von Heimatpflege, Heimatstudium, plattdeutscher Sprache, Denkmalschutz usw. arbeitet, zu gemeinlichem Tun zusammenfassen will. Als erstes Ergebnis wurde ein Telegramm an das Ministerium abgeleitet, das dringend die Einrichtung einer Professur für niederdeutsche Sprache an der Universität Kiel forderte, wie solche in Hamburg und Köln bereits besteht. Die weiteren Aufgaben, die dem neugewählten Vorstand zunächst zur Bearbeitung überwiesen wurden, waren u. a. Aufstellung von Richtlinien für die Ein-

und ich will Euch eine Antwort geben, die Euch befriedigen soll.“

„In deine Kammer? Mit dir allein? Daß du mir den Hals umdrehst!“ rief Herr von Drielsch, der unterdes bis in die Mitte der Küche vorgezogen war.

„Gew. Gnaden ich einmal wieder außer sich! Ihr denkt nicht, was Ihr sagt. Es ist nicht schön von Euch, Herr, daß Ihr mich zwingt, es hier vor dem Volke zu sagen; Ihr solltet gegen eine arme Frau besser wissen, was Schonung und christliche Liebe ist. Aber ich will es Euch sagen: Herr von Ratterbach schickt mir kein Geld, sondern meinem Sohne, den er studieren läßt und gegen den er — nun, dem er es wohl schuldig ist, sich seiner anzunehmen.“

Als Margret dies — die letzteren Worte etwas ungeschicklich und kammelnhaft gesagt hatte, setzte sie sich wieder, in ihre frühere Stellung zurücksinkend.

Herr von Drielsch war durch ihr Bekenntnis keineswegs heilfelig. „Und Euch soll ich in meinem Hause dulden, Euch Geld,“ lächelte er, „die Brut von dem Schuft, der mir nach dem Leben streift? Morgen vor zwölf mittags seid Ihr aus dem Hause. Anton, du posselt auf; fänd sie nicht fort, sowie es zwölf schlägt, nimmst du ihre Siebenhachen, den ganzen Plunder, und wirfst ihn vor die Tür!“ Damit ging Herr von Drielsch hinaus und warf die Tür fest zu hinter sich ins Schloß.

Als Bernhard in der Dämmerung durch den Wald nach Bechenburg heimging, sah er plötzlich Lene, die Waid seiner Mutter, aus dem Gebüsch vor ihm auftauchen. Sie kam von einem Nachholerstrauche her, an dem sie, wie es schien, bis jetzt gestanden hatte.

„Du, Lene, woher kommst du, so spät?“

„Ich wollte Nachholerbeeren sammeln. Ihr eßt sie so gern an den Kramtsnägeln.“ sagte Lene und öffnete ihre Schürze, in der etwas zusammengegriffenes grünes Zeug lag.

„Nicht? Nachholerbeeren? es ist ja ganz finster hier und die Beeren sind grün und frisch; kann man die brauchen?“

Lene antwortete nicht, sondern trat hinter ihn, um ihm auf dem Wege nach Hause zu folgen. Bernhard wanderte weiter.

„Eure Mutter ist nicht ganz wohl,“ sagte Lene nach einer Weile.

„Nicht? was fehlt ihr denn?“

„Etwas Kopfweh mag's sein; sie hat sich zu Bett gelegt; 's wird nicht viel zu bedeuten haben.“

„Ei, Lene, was sind das für Geschichten? sag' gerade heraus, was ist vorgefallen?“

„Nichts, Herr, als was ich Euch gesagt habe.“

Bernhard schritt heunruhigt weiter aus; als er auf Bechenburg ankam, standen Anton und zwei andre Domestiken zusammen lächelnd auf dem Hofe. Als er grüßend an ihnen vorüberschritt, lächelten sie und sahen ihn an, als habe er etwas an sich, das ihre Neugierde erregte. Um den Doktor da ist's mir leid! hörte er Anton sagen. Er stürzte nur in die Küche, dem Schlafzimmer seiner Mutter zu. Es war verschlossen. Er rief und pochte. Keine Antwort. Unterdes kam Lene heran, die vor dem Gute etwas hinter ihm zurückgeblieben war. Sie zog ruhig einen Schlüssel aus dem Busen und öffnete damit.

In der Kammer lag Margret auf ihrem Bette, die Blide starr an die Zimmerdecke stehend und leise vor sich hinstammelnd. Bernhard ergriff ihre Hand — sie war fieberheiß.

„Mutter, was ist Euch? Mutter?“

„Seid Ihr da, junger Herr, so wollen wir fort. Hast du den Wager bestellt, Lene?“

„Ja, Frau Fahrstein, auf morgen früh; um elf Uhr will der Bauer mit den Pferden kommen. Ihr müßt jetzt noch rüber; Ihr seid nicht wohl, auch bin ich mit dem Einladen nicht fertig.“

Margret lag eine Weile apathisch da. Dann fuhr sie mit der Hand über die Stirn und sagte Bernhard's Rechte.

„Kind“, sagte sie, „wir müssen fortziehen; seid nicht traurig darum; die Welt ist groß und weit, und wir haben beide gesehen, daß die Sonne auch anderswo am Himmel steht, und daß ein warmes Herdfeuer flackert, wo man's anzündet. Ein Kind, das keine Mutter hat, ist nicht verlassen. Ich habe Lene gesagt, daß sie eure Bücher etnpackt. Wir haben schon so viel, daß wir uns durchschlagen.“

Bernhard warf sich ermüdet in einen Stuhl neben ihrem Bette und bewachte ängstlich ihr Wesen. Sie hatte ein Fieber, das immer heftiger wurde. Gegen zehn Uhr aber schiefte sie ein; ihr Schlaf war ruhig und die Krankheit schien vorüber ziehen zu wollen. Bernhard wagte jedoch nicht, sie zu verlassen; er beschloß, die Nacht über bei ihr zu wachen; er war überhaupt viel zu aufgeregt, um an Schlaf denken zu können.

Es ist ein festes unheimliches und trauriges Gefühl, wenn man den Ort verlassen soll, wo man seine Jugend oder einen großen Teil seines Lebens zugebracht hat. Das Dach, das sich so lange über uns wölbte, die Wände, die uns so lange beschützt haben, alle die Stellen, welche die Zeichen unserer Reue, unserer Unwissenheit tragen, alle die Geräte, die zur Befriedigung unserer Bedürfnisse beizutragen, haben etwas Lebendiges, auf uns eine Sprache für uns gesprochen. Die Eintrübe, die sie auf uns machten, waren die Hebel vieler unserer Gedanken, und weil Gedanken den Charakter bilden, wie viele Blüten eine Blume, so ist es von dem unerkennlichen Einfluß, ob ihr in einem Schloße, wo alles um euch auch weit, groß und licht, wo dieses an ein arkaisches Gebiet des menschlichen Geistes, jenes an ein anderes, dieses immortales und eternell, oder ob ihr in einer Dorfstraße erzogen seid.

(Fortsetzung folgt.)

Führung der plattdeutschen Sprache in den Lehrplan der Schulen. Zusammenstellung von Vortragsreisen niederdeutscher Regitratoren, und auch für kleinere Vereine ohne allzu hohe Kosten, die Veranstaltung von Vortragsabenden zu ermöglichen, weiterer Ausbau der plattdeutschen Gottesdienste, Erhaltung und Pflege von Naturdenkmälern, Pflege heimatischer Baumzucht, Sammlung von volkstümlichen Materials u. a. m. Zur Durchführung dieser Aufgaben bedarf der Vorstand der Mithilfe aller Vereine, die heimatischen Zwecken dienen.

Nordische Gesellschaft. Dem vorläufigen Kuratorium der Nordischen Gesellschaft sind noch folgende Herren beizutreten: Banddirektor Benerdorff, Kaufm. Herm. D. u. C., Syndikus Dr. Reibel, Senator F. Schmidt, Direktor Dr. M. B. B. und der Vorsitzende der Gewerkschaft Heinrich Thiel.

Gefährdete Schiffsfahrtsfahrte. Der Aktionärsausschuß seemannlicher Berufsverbände teilt mit, daß der Tarifvertrag für die Besatzungen der Großschiffe, bezüglich der Besatzungen der Seeschlepper und Fährer laut Beschluß der Tarifverbände am 1. Februar gekündigt wird. Die Frist der Kündigung hat am 1. März ihr Ende erreicht.

Friert die Diffe zu? Aus Warnemünde wird berichtet, der Wasserstand ist sehr niedrig und die See weit zurückgetreten, so daß ein außergewöhnlich breiter Strand entstanden ist. Die See läßt, wie man zu sagen pflegt, wenn sich an ihrer Oberfläche Dämpfe entwickeln, die wie Wollenschwaden über die See hinwegziehen. Diese Naturerscheinungen zeigen sich gegenwärtig, sie sind jene Erscheinungen und Vorboten, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wenn die See zufröhen beginnt. — Die Vereisung der Rießer Förde reicht schon über Bühl hinaus. Bis Laboe liegt jetzt eine feste Eisbede, durch welche die Fischer vollständig zum Jagd gelegt ist. Für die Hafendampfer wird nach den Anhaltungen eine Fahrtrinne offen gehalten. Auf dem Kanal ist die Dampferfahrt nur mit Hilfe von Eisbrechern möglich. — Das Wattenmeer vereist. Infolge des anhaltenden Frostes ist das nordfrische Wattenmeer jetzt vollständig vereist. Die Segelschiffahrt zwischen den Inseln, den Halligen und der Rüste ist jetzt seit Tagen ganz eingestellt, jetzt hat auch der Dampferverkehr von Hulum nach den Halligen Nordstrand und Westmorn aufgehört; der Sulmer Hafen ist geschlossen. Die Post nach Nordstrand wird über den Damm durch einen Boten täglich einmal befördert, von dort nach Westmorn durch ein Eisboot, das aber den Transport jetzt auch eingestellt hat. Auch die Inseln Föhr, Sylt und Rømø sind natürlich auch die kleinen Halligen wie Hooge, Langeneß usw. sind vom Verkehr so gut wie abgeschnitten; Treibeis von See verhindert jede Annäherung. Der letzte Ostler-Dampfer blieb vor einigen Tagen wieder einmal im Wattenmeer stecken, die Passagiere konnten nach rechtsseitig von einem Eisbrecher überholt werden. Das ganze Wattenmeer steht in Eis bis weit über die lange Rüste Syllt hinaus. — Eisstauungen auf der Unterelbe. Durch den anhaltenden Ostwind ist das Eis in größeren Massen nach der Unterelbe getrieben und hat dort derartige Stauungen bewirkt, daß oft sogar größere Dampfer stecken bleiben. Vor einigen Tagen ist der Staatsdampfer „Antelope“ dorthin abgedrückt, um eine Fahrtrinne im Gange zu halten. Der dänische Dreimastdampfer „Dronning Margarethe“ ist durch Eis fest geworden. Ein Staats-Schleppdampfer hat das Schiff in Cuxhaven eingeschleppt.

Postkarte. Postanweisungen nach England kosten nach dem Stande vom 24. des Monats 93 Pf., je 100 der fremden Währung nach Argentinien 18 668 Pf., Belgien 1952, Dänemark 4658, Deutschland 6, Finnland 487, Frankreich 2054, Griechenland 94, Island 4658, Japan 11 080, Luxemburg 2054, Mexiko 23 123, Niederlande 9268, Norwegen 3667, Schweden 5808, Schweiz 4537, Spanien 3474, Tschechoslowakei 465, Ungarn 32 Pf. Für ein Pfund aus England werden, soweit bis zum 24. bekannt, in Deutschland 770 Pf. ausgezahlt, für 100 Gulden aus Argentinien 13 208 Pf., 100 Pf. nach Deutschland kosten aus Belgien 3 Franken, Dänemark 3 Kronen, Deutschland 4 400 Kronen, Japan 1 Yen, Luxemburg 10 Franken, den Niederlanden 2 Gulden, Norwegen 3,50 Kronen, Schweden 3 Kronen, der Schweiz 6 Franken, Spanien 9,20 Pesos, der Tschechoslowakei 35 Kronen, Ungarn 400 Kronen. Für 100 Franken aus Frankreich werden 1367 Pf. ausgezahlt, für 100 mexikanischen Dollars 16 730 Pf.

Ein kaltes Bad. Am Sonntag nachmittags hatte sich auf dem Eise der Rießer Förde eine große Anzahl von Personen eingeschanden, um Eisport zu treiben. Ein wackelhafter junger Mann verfiel unter der Wollschürze durchzulassen, wo nach teilweise offenes Wasser war. Er brach ein und konnte nur mit Mühe gerettet werden. Der Verunglückte wurde im erstarrenen Zustande nach der Rießer Förde gebracht, wo er sich allmählich erholt. Dieser Unglücksfall sollte allen zur Warnung dienen. Auch auf dem Eise des Kanals sieht man zuweilen Wackelsteine. Auch hier kann leicht ein Unfall eintreten, da der Eisbrecher hin und wieder in Tätigkeit ist.

Deutsche Kinderhilfe. Als erste in diesem Jahre sind am 16. Januar 5 Kinder auf Kosten der Kinderhilfe und 5 Kriegerweifen auf Kosten des Wohlfahrtsvereins für 6 Wochen in Britisch Ost-Sibirien a. d. Warthe von dem Jugendamt untergebracht. Die Reise dorthin ist freilich etwas weit, aber die Verpflegung in Britisch Ost-Sibirien, so daß man wohl erwarten kann, daß die Kinder am 1. März recht erholt zurückkehren werden. Alle 16 waren von den Schulklassen gerade für den als besonders kräftig angesehenen Winterurlaub ausgewählt.

Dem Andenken Arthur Nikisch.

In Arthur Nikisch, dem großen Meisterdirigenten, ist uns — so schreibt die „Leipziger Volkszeitung“ — einer der größten Dirigenten der gesamten musikalischen Welt verstorben. Bei Nikisch lang wirklich jedes Jahr. Selbst beim kürzesten Aufenthalt im Orchester war er stets darauf bedacht, daß es nicht brutal wurde, sondern immer noch ein Stück Freude und Schönheit blieb. Das Schicksal wollte es, daß er des Sängers Franz Schubert „Sinfonie“ als letzte dirigierte vor einem Arbeiterpublikum, das sich aus Menschen verschiedener Länder zusammensetzte. In dem Konzert in Ehren der Delegierten zum U.S.P.-Parteiitag führte Nikisch zum letztenmal seinen Jahresbericht.

Arthur Nikisch gehörte nicht zu den ausübenden Künstlern, die sich auf einem Gebiet spezialisiert haben, er beherrschte alles — wachse in Opern, Operetten, Sinfonien oder dramatische Werke — auf allen diesen Gebieten war er ein großer Interpret. Nichts ergibt durch seinen künstlerischen Geist ein neues Gebilde. Ob geborene Werte wirken unter seiner Meisterhand immer wieder frisch lebendig. In den letzten Jahren seiner Tätigkeit war er eine hervorragende Persönlichkeit. In dem Konzert in Ehren der Delegierten zum U.S.P.-Parteiitag führte Nikisch zum letztenmal seinen Jahresbericht. Arthur Nikisch gehörte nicht zu den ausübenden Künstlern, die sich auf einem Gebiet spezialisiert haben, er beherrschte alles — wachse in Opern, Operetten, Sinfonien oder dramatische Werke — auf allen diesen Gebieten war er ein großer Interpret. Nichts ergibt durch seinen künstlerischen Geist ein neues Gebilde. Ob geborene Werte wirken unter seiner Meisterhand immer wieder frisch lebendig. In den letzten Jahren seiner Tätigkeit war er eine hervorragende Persönlichkeit. In dem Konzert in Ehren der Delegierten zum U.S.P.-Parteiitag führte Nikisch zum letztenmal seinen Jahresbericht.

Um folgende Richtigkeiten werden wir bitten: Vor einigen Wochen wurde in einem Polizeibericht gemeldet, daß ein Hafendarbeiter V., wohnhaft im Regener, wegen Güterdiebstahls ermittelt worden sei. Wie uns von Hafendarbeitern mitgeteilt wird, handelt es sich bei dem Ermittelten nicht um einen Hafendarbeiter, sondern um einen Güterhelfer von der Hafendirektion. Durch derartige falsche Bezeichnungen kommen die Hafendarbeiter nur zu Unrecht in schlimmen Ruf.

Wöchentliche Lebensmittelkosten

nach den in der Reichsteuerungsabteilung berücksichtigten Mengen in der Woche vom 22. bis 28. Januar 1922:

für einen Mann	87,75 Mk.	(Vormonat 92,49 Mk.)
für eine Frau	88,19	(88,88)
für drei Kinder	221,98	(212,05)
zusammen 410,92 Mk. (Vormonat 488,17 Mk.)		

Hinweis auf Verammlungen, Theater usw.

Achtung, Betriebsräte, Betriebsobleute usw. Heute, keine Vollversammlung wegen Erkrankung des Referenten.

Achtung, Teilnehmer der Betriebsräte! Wir machen hiermit nochmals auf die heute zu erledigenden Ummandlungen aufmerksam und ersuchen alle Betriebsräte, Betriebsobleute usw. diese nicht zu versäumen. Die Betriebsrätezentrale.

Stadttheater. Am Dienstag wird zum erstenmal Macbeth von Shakespeare gegeben. Macbeth — Herr Stein, Lady Macbeth — Fräulein Kaen. — Am Mittwoch wird Des Meier es und der Liebe Wellen wiederholt. — Donnerstag Die Klettermaus. — In Vorbereitung befindet sich ein neues Lustspiel von Rud. Presber und Stein Die Ballerina des Königs. Als Gast für die Titelrolle ist Fräulein Eva-Milce Cron gewonnen.

Verein zur Förderung der Geflügelzucht. Zu der am 14. und 15. Januar stattgefundenen großen allgemeinen Hamburger Geflügel-Ausstellung, nach der wohl zu der bestbesuchten und maßgebendsten Deutschlands rechnet, hatten einige unserer Mitglieder bei großer Konkurrenz ihre Tiere zur Schau gestellt. Auch hier zeigte sich, daß Mühsal nicht immanen ist, Gutes zu leisten. Unsere Aussteller hätten sich schöne Preise weg.

Angrenzende Gebiete.

Krefeld. Gemeinderat. Zur Beratung steht der Schulhausneubau. Die Verhältnisse sind allmählich derart geworden, daß selbst die verständigsten Gegner eines Neubaus einsehen: so kann es nicht weitergehen. Die Regierung verlangt von der Gemeinde die Bewilligung der nötigen Mittel, dann soll das im August 1914 begabene Projekt (Ankauf des Benthienischen Grundstückes) wieder aufgenommen und mit dem Bau möglichst noch im Frühjahr 1922 begonnen werden. Die Regierung drängt wohl auch, weil bei dem eventuellen Bau eine ganze Zahl von Krefelder Arbeiterlose beschäftigt werden kann. Um möglichst rasch zum Ziel zu kommen, bewilligt der Gemeinderat die Mittel und übergibt die einleitenden Vorarbeiten einer Kommission unter Leitung eines unparteiischen Sachverständigen und des Regierungsbauamteisters Nieren-Eutin. Von den Lasten des auf zwei Millionen geschätzten Baues trägt das Reich drei Sechstel, der Staat zwei Sechstel, die Gemeinde ein Sechstel der Uebersteuerung, auch für dies Sechstel sind noch Erleichterungen vorzusehen. Wir hoffen, wenn nicht Unvorhergesehenes eintritt, im Herbst Einzug halten zu können und dann damit wieder auf zu machen, was eine frühere Generation veräußert hat. — Um Baugebiete für Siedlungen zu schaffen, soll die Regierung aufgefordert werden, einen Bebauungsplan des hiesigen Grundstückes anfertigen zu lassen, und die Besitzer von brauchliegendem Bauland sollen gedrängt werden, ihre Plätze zum Siedeln bereitzustellen. Leider hat die Gemeinde wenig Mittel zu Baukostenzuschüssen zur Verfügung und hofft man auf kräftige Unterstützung von Seiten des Kommunalverbandes.

Hamburg. Eine neue Abholzung. Das Schöffengericht hatte sich wiederum mit einer Beleidigungsklage gegen Marie-Holz zu beschäftigen. Er hatte in seinem Blatte vom 4. Januar 1921 die Behauptung aufgestellt, daß die Reichsstelle des Oberpräsidiums Kiel eine behördlich organisierte Spitzelzentrale sei und daß sich der Leiter der Reichsstelle, Genosse Dr. Rittweger, der jetzt Justizminister in Mecklenburg ist, dabei bezahlter Kreaturen bediene. Nach Holz' Behauptung sollte der sozialdemokratische Kreisratsabgeordnete Schmidt aus Cismar im Kreise Oldenburg agitatorisch gegen den Landrat Vogt sich betätigt haben. Der Staatsanwalt sieht in der Artikel der „Marie-Holz“ schwere persönliche Angriffe gegen die Person des Dr. Rittweger und in der Veröffentlichung nicht eine Aufbedingung irgendwelcher Art. Er beantragt gegen den Beklagten eine Geldstrafe von 1500 Mk. in Richtbeurteilungsfalle 150 Tage Gefängnis. Nach kurzer Verteidigung des Beklagten, der sich auf Urteile anderer Gerichte über die Reichsstelle stützt, kommt das Gericht zu

folgendem Urteil: Holz wird wegen Beleidigung des Dr. Rittweger zu 1000 Mark Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis und Veröffentlichung des Urteils in der „Hamburger Warte“ verurteilt.

Kiel. Eine seltene Operation. In Kiel hatte kürzlich ein Mann das Unglück, sein künstliches Gebiß mitzuerstechen. Da es ihm in der Speiseröhre festgeworden war, ging er zum Arzt. Der Arzt sondierte, konnte aber das Stück nicht aus der Speiseröhre herausbekommen und ließ es schließlich abhaken oder aus Versehen, in den Magen hinunter. Da der Patient hierauf eine Erleichterung verspürte, rief ihm der Arzt, es bis auf weiteres so zu belassen. Nach zwölf Tagen aber traten auf neue Schläbeschwerden ein. Eine Untersuchung ergab, daß die Annahme, das Gebiß sei in den Magen hinabgerutscht, eine Täuschung gewesen war. Es steckte noch in der Speiseröhre, aber in so großer Tiefe, daß es nicht herauszuziehen war. Offenbar hatte das Stück bei der anfänglichen Untersuchung nur vorübergehend eine andere Stellung bekommen, so daß es eine Zeitlang die Speisen auf ihrem Wege zum Magen nicht behinderte; eine neue Umlagerung machte seine Anwesenheit in der Speiseröhre wieder deutlich fühlbar. Der Gegenstand konnte mit der Sonde gefühlt und mit dem Desophagoskop sogar gesehen werden, aber einer Herausziehung lehnte er allen Widerstand entgegen. Selbst tiefer Narkose und mit Zuhilfenahme aller Mittel gelang es nicht, Was alles nichts half, mußte man dazu schreiten, die Operation vom Magen aus vorzunehmen. Der Magen wurde eröffnet und mit leichter Mühe konnte nun der Arzt von unten herauf mit drei Fingern den Fremdkörper aus der Luftröhre ziehen.

Trittau (Kreis Stormarn). Die Verhaftung des Mörders von Trittau. Wie gemeldet wurde, wurde der Schuhmachermeister Scharnberg ermordet in seiner Wohnung aufgefunden. Als der Tat verdächtig wurde der Schuhmachergehilfe Jakob Gustav Fischer verhaftet. Da er von seiner Verhaftung in den Zeitungen gelesen hatte, wanderte er der dänischen Grenze zu. Freiheit wurde er in Eimsbörn angehalten und sofort verhaftet. Er legte ein völligiges Geständnis ab und hat den Scharnberg, der bei einem Einbruch in der Wohnung überrascht, kurzerhand mit einem Beil erschlagen.

Gewerkschaften.

Neues Lohnabkommen im Buchdruckerberuf. Nach mehrtägigen Verhandlungen der Lohnkommission und des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker kam nach Uebereinkunft außerordentlicher Stimmanteile eine neue Lohnvereinbarung zustande, die ab 1. Februar d. J. für alle verheirateten Gehilfen je nach Lokalitätsklasse eine laufende wöchentliche Lohnerhöhung von 50 bis 60 Pf. für alle ledigen Gehilfen eine solche von 40 bis 50 Pf. und für die Neuangelegten 30 bis 40 Pf. vorsieht. Das neue Lohnabkommen ist wie das letzte fünfjährig abgeschlossen und war mit einer Kündigungsfrist von einem Monat, jeweils am 1. und 15. eines jeden Monats, das erstmalig am 1. März d. J. kündbar.

Ein Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit. Die im August v. J. in Kassel abgehaltene gewerkschaftliche Jugendkonferenz beschloß u. a., daß die von den Referenten zu den verschiedenen Tagesordnungspunkten aufgestellten Leitsätze zu einem zusammenhängenden Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit umgestaltet werden sollen. Eine mit dieser Aufgabe betraute Kommission war am 29. und 30. Dezember v. J. in Berlin mit den Referenten zusammengetreten und hat einen Entwurf fertiggestellt. Zwei Tage vor dem kommenden Gewerkschaftskongress soll eine zweite gewerkschaftliche Jugendkonferenz stattfinden, die endgültig über das Programm entscheiden soll. — In den das Programm einleitenden Absätzen wird kurz dargelegt, wie die Entwicklung des Wirtschaftslebens der Jugend eine ständig steigende Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft verleiht. Die Gewerkschaften müssen im Interesse der Jugendlichen wie auch der Erwachsenen sich dem Schutz der Jugend in jeder Hinsicht widmen und sie selbstverständlich auch zur gewerkschaftlichen Solidarität erziehen. Dann werden die Forderungen an die Gesetzgebung formuliert, die den allgemeinen Jugendschutz, das Schutzwesen und die öffentliche Jugendhilfe betreffen. Sie decken sich im wesentlichen mit den Mindestforderungen des Reichsausschusses der Arbeiterjugend-Organisationen. Bei der Vorphandlung der Bildungs- und Erziehungsaufgaben ergeben sich aus den grundsätzlichen Feststellungen die Forderungen, die in jede einzelne Gewerkschaft zu stellen sind. Sorge für gute Berufsausbildung, Mitwirkung am Ausbau der Berufsschulen, Schaffung von Möglichkeiten zum Aufstieg Beschäftigter zu technischen und kaufmännischen Hochschulen. — Dies obliegt den Gewerkschaften. Darüber hinaus haben sie die Jugend im Sinne der sozialistischen Arbeiterbewegung herauszubilden. Jugendveranstaltungen sind zu treffen, in deren Bereich alle Tätigkeitsgebiete gehören sollen, deren Ziel die wirtschaftliche, körperliche und kulturelle Förderung der erwerbsfähigen Jugend ist. Bei all diesen Dingen soll ein Zusammenarbeiten mit den sozialistischen Jugend- und Sportorganisationen angestrebt werden. — Ein kurzes Schlusswort erwartet von der Jugend, daß sie die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen erkennt und an deren Ausbau mitarbeitet. Der Geist

Was Nikisch' Beruf für die Leipziger Arbeiterkraft bedeutet, werden wir jetzt erst schätzen können. Er war es, der sich 1915 tatkräftig eingesetzt hat für die Gewandhauskonzerte für die Arbeiterkraft. Vier Jahre lang hat er die kulturelle Aufgabe der Silberhochzeit unterrichtet. Nikisch war ein Weltmann, der auch für das arbeitende Volk sehr viel übrig hatte. Mit Freude gab er seine Kunst dem naiven und ehrlich laufenden Publikum. Überall, wo Nikisch seinen Dirigentenposten führte, wurde er mit Jubel aufgenommen. Er hat die ganze Welt bereist. In Italien, Argentinien, in den Vereinigten Staaten von Amerika wirkte er, in England war er der Liebling des Publikums und in Russland wurde er hoch verehrt. Überall fand er größte Begeisterung. Halber Soldaten wurde kein Wirtel eine Offenbarung der Tonkunst. In großer Trauer steht die Leipziger Arbeiterkraft an der Bahre des großen Meisters. Sie dankt ihm für seine künstlerische Arbeit, mit der er Tausenden und aber Tausenden Proletariats die Gelegenheit gab, die großen Meisterwerke in höchster Vollendung zu hören. Die Arbeiterkraft wird den Namen Nikisch stets besonders in Ehren halten.

Kristar Nikisch war ein geborener Magyar. Er wurde am 12. Oktober 1855 in Pöbeny Gest. Nikos geboren. Sein Vater, August Nikisch, war fürstlicher Oberbachantler. Mit dem elften Lebensjahre kam Nikisch aus Wiener Konservatorium, wo er Klavier, Violine und Theorie bei Hellmesberger und Dessof studierte. Im Jahre 1874 verließ er das Konservatorium als Preisgekrönter für Komposition eines Streichquartetts. Nach seinem Abgang vom Konservatorium kam Nikisch als Violinist ans Theater Hofoper, wo er Opern und Sinfonien mitspielte. 1879 nahm er an der Leipziger Theaterdirektion Angela Reumann auf Empfehlung Dessofs als Chorleiter und Solorepitor ins Neue Theater. Zur selben Zeit leitete er schon im Alten Theater Opern mit großem Erfolg und ein Jahr später, 1878, wurde er der Kapellmeister des Kapellmeisters Josef Sauer am Neuen Theater. Hier wirkte er bis 1889. Dann ging er nach Bosen als Sinfonische Direktor, folgte später dem Ruf an die Sadapeter Oper als erster Kapellmeister. 1895 kam er als Nachfolger Karl Reimedes ans Leipziger Gewandhaus und war dort über 25 Jahre an dieser

Stätte tätig. Er dirigierte auch fast 27 Jahre lang die Philharmonischen Konzerte in Berlin und seit 1897 die Anrechtskonzerte in Hamburg. In der Zwischenzeit war Nikisch eine kurze Zeit Direktor am Leipziger Konservatorium und nach Stoege-manns Tod kurze Zeit Operndirektor. Es gibt keine größere Stadt in Europa, wo Nikisch nicht dirigiert hat, und überall hat er sich die Herzen der Zuhörer erobert. Auch in Hamburg dirigierte er für die Arbeiterkraft mehrere Male die Neunte Sinfonie.

In tiefer Trauer steht auch die Arbeiterkraft an der Bahre des Meisters der Tonkunst.

Nikisch über seine Kunst des Dirigierens.

Ueber seine Ziele und Absichten beim Dirigieren hat sich Arthur Nikisch schon vor Jahren dem Mitarbeiter einer amerikanischen Musikzeitschrift gegenüber einmal in sehr ausführlicher Weise ausgesprochen. Der Grundton seines, wenn man so sagen will, musikalischen Selbstbekenntnisses klingt dahin aus, daß er bestimmte „technische Ziele“ überhaupt nicht verfolge. „Wenn mich einer meiner Kollegen“, meinte er, „nach einem Konzert fragen würde, wie ich diese oder jene besondere Wirkung hervorgerufen habe, so wäre ich unfähig, ihm darauf zu antworten. Man fragt mich, wie ich mein Fühlen meinen Musikern mitteile; ich tue es einfach, ohne daß ich weiß, wie. Wenn ich eine Komposition dirigiere, so ist es die erregende Macht der Musik, die mich fortzieht. Ich folge durchaus keinen bestimmten und festen Regeln der Interpretation. Ich setze mich nicht etwa hin und denke mir im voraus aus, wie ich nun jede Note eines Werkes spielen lassen würde. So wechselt denn meine Interpretation in Einzelheiten fast bei jedem Konzert, in Uebereinstimmung mit den Mächten des Geistes, die in mir besonders stark erregt werden. Aber ich bemerke ausdrücklich: nur in Einzelheiten. Eine Beehovensche Sinfonie leute in einer bestimmten Weise zu erleben und morgen in einem völlig veränderten Stil, das wäre ebenso lächerlich wie unlogisch. Das wäre nur der Trieb eines Gauflers und hätte mit Kunst nichts zu tun.“

Der Kameradschaftlichkeit soll das Verhältnis von Jugendlichen zu Erwachsenen in den Organisationen und in den Arbeitsstätten bestimmen. Nur die Geschlossenheit aller Arbeitenden kann das Ziel der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die endliche Befreiung der Arbeit, zur Verwirklichung bringen.

Erregte Stimmung unter den Ruhrbergarbeitern. Nach Presse-meldungen aus dem rheinisch-westfälischen Kohlengebiet ist unter den Bergarbeitern neuerdings eine starke Erregung zu bemerken, die in der derzeit herrschenden Teuerung und in der Haltung der Unternehmer zu Tarifangelegenheiten und zu anderen die Arbeiterschaft bewegenden Fragen ihre Ursache hat. Am Sonntag werden die an der Arbeitsgemeinschaft beteiligten großen Arbeit-nehmer-Spitzenverbände des Ruhrgebietes Revisionen zu er-zellen abhalten, in denen zu den schwebenden Fragen Stellung genommen werden soll. Insbesondere wird über Betriebsräte-, Tarifangelegenheiten und Lohnfragen Beschlüsse gefasst werden. Man befürchtet, falls es nicht zu einem Ausgleich der Differenzen kommt, daß das rheinisch-westfälische Wirtschaftsleben vor neuen schweren Erschütterungen steht.

Lohnkämpfe in Deuschböhmen. Die Bergarbeiter der Karls-bad-Galenaucr Reviers stehen zur Abwehr von Lohn-herabsetzungen im Streik. Im Zustand befinden sich 13 000 Berg-arbeiter. Sie werden auf keinerlei Protonationen reagieren und legen sich ein Alkoholverbot auf. — Infolge dieses Streiks be-schlossen die Unternehmer der Porzellanindustrie die Ein-biegung der gesamten Arbeiterkraft.

Eine Abjage an Moskau. Der Kongreß der tschechischen Ge-werkschaften lehnte den kommunistischen Antrag, die Gewerkschafts-zentrale möge aus der Amsterdamer Internationale austreten und sich der Moskauer Internationale anschließen, mit 339 gegen 227 Stimmen ab.

Die Fortsetzung der Russlandhilfe.

Genf, 27. Januar.

Die Konferenz des Internationalen Komitees für die Russlandhilfe schloß heute ihre Tagung ab, nachdem sie den Bericht der einzelnen Landesorganisationen über ihre Hilfs-tätigkeit entgegengenommen und zahlreiche Beschlüsse über die Weiterführung der unter Nanjens Leitung unverzüglich fortzu-setzenden Russlandhilfe gefaßt hatte. Danach sollen die einzelnen Landesgruppen schleunigst bei ihren Reaktionen dahin wirken, daß diese sofort finanzielle Hilfe leisten oder Ge-zeiride nach Russland senden. Gleichzeitig wird der Oberkom-missar Nanjen selbst im Namen der Konferenz einen Appell an sämtliche Regierungen richten. Eine Botschaft an die Hilfsleistung darlegen. Die Konferenz hält die Vertretung des internationalen Komitees auf der Konferenz von Genua für wünschenswert und beauftragt einen Ausschuß, der sich aus Nanjen, Ador und Cederhans zusammensetzt, mit der Bildung einer etwaigen Abordnung. Die Hilfsfähigkeit des Komitees kann sich mit den gegenwärtigen Finanzmitteln, wie Nanjen noch feststellte, nur noch auf einige Teile Russlands er-strecken.

Auf Wunsch des Vertreters der amerikanischen Hilfsaktion für Osteuropa, Herrn. sowie auf Wunsch Adors werden die ein-zelnen Landesorganisationen aufgefordert werden, sich bis zum 1. März darüber zu äußern, ob sie einen Teil ihrer Beiträge der Hilfe für die Ukraine und die Kaukasusländer zuwenden wollen. Zur Frage des gegenwärtigen Hilfsvertrages wurde be-schlossen, daß, ohne gewisse Landesprodukte auszuscheiden, vor allem Getreide, Seife und für die Tiere Häfer nach Russland gebracht werden soll. Als besonders dringlich wird die Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen und zu Transportzwecken ge-eigneten Tieren sowie vor allem von medizinischen Transport-mitteln, z. B. aus Kriessperräten, bezeichnet. Um die Entsen-dung von Personal und Arbeitern für das russische Trans-portsystem, namentlich die Bahnen, zu erleichtern, wird von den verschiedenen Ministerien gefordert, Propagandaorganisationen zu schaffen.

Wie ein englischer Vertreter auf der Konferenz mitteilte, ist eine Zusammenkunft zwischen Nanjen und Lloyd Ge-orge geplant.

Aus aller Welt.

Im den Hut in den Tod. In Berlin fand der 60jährige Kaufmann Wichmann einen schrecklichen Tod. Er stand auf der Unterplattform des Triebwagens, eines in Richtung Tegel fahrenden Straßenbahnwagens, als ihm plötzlich ein Windstoß den Hut entführte. Um seinen Hut wiederzuerlangen, sprang der Mann von dem in voller Fahrt befindlichen Wagen; dabei geriet er

„Kameradschaft“.

Wir sprachen vom Kriege — natürlich nicht aus Begeisterung und in stolzer Erinnerung an Erlebtes; im Gegenteil: das Thema „Kameradschaft zwischen Offizier und Mann“ war Gegenstand unseres Gesprächs; wir waren uns so ziemlich einig, daß auch diese sogenannte „Kameradschaft“ nur ein schönes Wort war, eine Phrase im Kränze all der anderen und ähnlichen. Eine Episode, die jemand aus unserem Kreise erzählte, bekräftigte unsere Meinung noch ganz besonders.

Es war im Winter 1916 gewesen, an der Ostfront. Karl W., Landsturmmann in irgendeinem Infanterie-Regiment, hatte zehn Tage Urlaub hinter sich und sollte Sonnabend nachmittags um 6 Uhr wieder in Stellung vorn im Graben sein. Infolge Zug-verspätung hatte er den Anschluß an die Feldbahn, die in den Stappentort führte, verpaßt und hatte sich zu Fuß auf den vierzig Kilometer langen Weg gemacht. Unterwegs war es grauenhaftes Wetter geworden: Schnee und Regen wechselten miteinander ab, dann hatten grimmig kalte Winde und wütende Böen eingeleitet. In der Dunkelheit war er vom Wege abgekommen. Endlich, völlig erschöpft, durchnäßt und halb tot vor Ermattung, hatte er Licht gesehen, war darauf zugegangen und zu einem kleinen Ge-löst gekommen.

Er stand in der Tür des Hauses, aus dem er zuerst den Licht-schein bemerkt hatte. Von drinnen hörte er Stimmen, lautes Lachen. Wie ihm da das Herz ausging! Leise schlich er im Flur näher, öffnete die nächste Tür und trat ein. Licht! Eine niedrige Stube, drüben ein Tisch, darauf eine Bowle, Gläser, rings darum Soldaten — nein: Offiziere, alles in Tabakqualm gehüllt.

„Guten Abend“, sagte W. und kam auf den nächsten Stuhl. Drüben tunkte eine Uhr. Zwei! Was? Ja! 2 Uhr! Sehn Stun-den unterwegs gemein!

„Was wollen Sie denn hier?“ schnarrte es ihm nun vor drü-ben, nam Tisch her, an. — „Ja?“ — Keine Antwort. Er war zu matt, zu froh, fragte zu können. „Stehn Sie mal gefälligst auf! Wissen Sie nicht, daß Sie Haltung anzunehmen haben?“ — W. rückte sich nicht; dann sagte er: „Verzeihen Sie, Herr Leutnant, ich bin jetzt hier, um unterwegs, bei diesem Wetter, ohne was zu essen.“ — „Ach was! Machen Sie doch keine Rentenfuss! Wo wollen Sie denn hin? Was, nach D.? Mensch, das liegt ja 2 Stunden von hier.“ — „Ja ja, ich bleibe hier. Geben Sie mir bitte etwas Warmes zu trinken; ich bin ganz.“ — „Kerl, Sie sind wohl toll? Denken Sie, hier ist eine Kuchherkneipe? Was? Jetzt machen Sie bloß keine Sperrenzens, sonst...“ und damit stand der Vorgesetzte auf und ging auf W. zu; der erhob sich ebenfalls, merkwürdig schnell und sprunghaft: „Was, Sie

Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Kameraden! Die aus den Hungergebieten Russlands in den letzten Wochen einlaufenden Berichte überboten alle bisherigen Schilderungen des Elends. Erst jetzt wird das Ausmaß der Katastrophe im einzelnen übersehbar; ihre ver-heerende Wirkung wächst noch unwiderstehlich. Die Hilfe, die von den amerikanischen und europäischen Organisationen in den vom Hunger heimgesuchten Gebieten eingerichtet worden ist und noch ausgedehnt werden wird, erfaßt noch nicht ein-mal die Hälfte der vom Hungertode bedrohten Bevölkerung.

Über zehn Millionen Erwachsene und Kinder gibt es keine Rettung, sie bleiben nach den nun schon über ein hal-bes Jahr währenden qualvollen Entbehrungen den Schreck-nissen des Hungers und einem sicheren Tode ausgeliefert, wenn nicht alle europäischen Staaten sich sofort und mit allen verfügbaren Mitteln zur Hilfe entschließen, ehe das Frühjahr die Wege in Russland ungangbar gemacht hat.

Aus Busuluf in Samara kommen grauenerregende Nach-richten. Die Verhungerten haben Katzen, Hunde und andere Tiere aufgegefressen. Nun stehen sie menschliche Leichen nachts aus den Leichenhallen, um ihren Hunger zu stillen. Die zivilisierte Welt darf nicht dulden, daß die Verzweiflung die Darbenden entmenscht und große Gebiete in entvölkerte Wü-sten verwandelt.

Kameraden! Die erste Sendung von 1200 Tonnen Le-bensmitteln und Kleidungsstücken, die von Eurem Gelde für die Notleidenden in Russland gekauft worden sind, sind in Moskau eingetroffen und gelangen nun im Tschuwasdistrikt zur Verteilung.

In diesem Distrikt lebt, weit verstreut, eine vorwiegend bäuerliche Bevölkerung. Nur wenige kleinere Städte gibt es dort, meist an der Bahnlinie Moskau-Kasan. Von den an dieser Bahn gelegenen Orten aus wird das Hilfswerk orga-nisiert werden.

Der Stand der Versorgung mit Lebensmitteln und die gesundheitlichen Verhältnisse in diesem Gebiete sind schrecken-erregend. Die Roggernte des vergangenen Jahres brachte nur den siebenten Teil des normalen Ertrages. Der Vieh-stand ist auf ein Drittel zurückgegangen und noch für diese verminderte Anzahl genügt es an Futter. Außer von der Sowjetregierung, die 9000 Kinder versorgt, ist diesem Distrikt bisher in keiner Weise geholfen worden.

Die Sterbefälle haben die Geburten bei weitem über-schritten, da die Leute seit Monaten nichts Nahrhaftes zu essen haben. Das körperliche Befinden von allen fast ohne Ausnahme, besonders aber von den Kindern, macht einen fürchterlichen Eindruck. Die Bevölkerung lebt von einem Brot, das hauptsächlich aus Weizen, Weizen und Gerste be-steht; selbst an diesem erbärmlichen Ertrag herrscht hier und da Mangel. Wenn es aufgebraucht ist, bleibt der Bevölke-rung nichts übrig als Stroh von den Dächern und Baum-rinde zu essen. Täglich sucht der Tod die Dörfer heim. Die Menschen sterben an Hunger und allgemeiner Körperschwäche.

unter den Anfängen und wurde in längerer Schleifbahn völlig zermalmt. Zur Bergung der zerstückelten Leiche mußte die Feuer-wehr gerufen werden.

Zuchthaus für Gefäßkrankheiten. Vor dem Schwurgericht des Berliner Landgerichts I hatten sich nicht weniger als 13 Personen wegen in großem Umfang betriebener Raubritterei von falschen 50- und 20-Mark-Scheinen, die in der Steindruckerei von Franz Fuchs unter Beihilfe anderer Fachmänner hergestellt und von mehreren Mittelsknechten vertrieben wurden, zu verantworten. Das Urteil verhängte über die Hauptschuldigen schwere Strafen. Es wurden verurteilt: der Steindruckereibesitzer Franz Fuchs zu sechs Jahren Zuchthaus, Erbrochen auf die Dauer von 10 Jahren und Zufälligkeit der Polizeiaufsicht; der Steindruckereibesitzer Carl Schuler zu einem Jahr Zuchthaus; der Buchdrucker Erich Gahner zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus; der Photodraher Wilhelm Perzart zu zwei Jahren Zuchthaus; der Händler Max Geger zu vier Jahren sechs Monaten Zuchthaus; der Händler Leib Bern-jewicz, der ein Hauptagent des Fuchs war, zu vier Jahren sechs Monaten Zuchthaus. Die Strafen der übrigen Angeklagten be-messerten sich zwischen vier Monaten und einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. Zwei weitere Angeklagte wurden freigesprochen.

wollen mich rauswerfen? Bei diesem Wetter? Dienen wir nicht alle einer Sache? Sind wir nicht alle Soldaten, sollen wir nicht alle einander beistehen?“ — „Halten Sie hier keine Volks-rede! Haus, sage ich Ihnen!“, schrie der andere, offenbar an-müdet, laut.

„Ich gebe Ihnen nochmal den dienstlichen Befehl — — —“ Weiter kam er aber nicht. — W. hatte keine durchnäßte Packtasche, die er bisher an der Seite trug, inzwischen abgeknallt; mit einem Schmunzeln schmeuberte er sie plötzlich auf den Tisch, zwischen die Bowle und die Gläser, alles mit Geißel, Geßirre und Geßirre herunterlegend. „Juchend sprang er nun auf; mit höchstem Un-willen natürlich hatte die Tafelrunde bis jetzt die Szene zwischen „Kamerad“ und diesem „Kerl“ da mitangehört, aber jetzt — „Ist der Mensch verrückt?“ — „Verrückt?“ — „Ja verrückt? Epitheton seid ihr! Halunken! Ganz große Halunken!“ Da erschienen zwei Feldgrauen im Türrahmen, die nahmen ihn bei den Armen und führten, nein: rissen ihn hinaus. „Einperren!“ hörte er bl-ß noch.

Und er wurde eingesperrt, so wie er stand. In einem dunk-len Winkel von Stall hatte er Gelegenheit, über seine „Insub-ordination“ nachzudenken, natürlich ohne das „Warme“, um das er gebeten hatte. Und all das nach diesem fürchterlichen zehnjährigen Märtyr, und all das, weil er pünktlich an Ort und Stelle sein wollte.

Was dann geschah? W. blieb zunächst einige Tage in seinem „Gewahrsam“. Dann wurde gegen ihn „verhandelt“. Leutnant v. B., alter Adel, der den Auftritt mit ihm gehabt hatte, sah mit im Gericht. Er plädierte allen Ernstes für Todesstrafe, wegen „offener Widerständigkeit vor dem Feinde“.

„Lachen Sie nicht“, meine Herren, unterbrach sich hier der Er-zähler, „es ist wirklich wahr! Es ist kein Witz. Ich war bei der Verhandlung selbst h-ß zugegen, daher weiß ich von der ganzen Sache. Und das Gericht schloß sich den Ausführungen des Leut-nants v. B. und seinem vorgeschlagenen Urteil an; W. sei ge-nüßig Aufwiegler, solche Leute müßten unerbittlich gemacht werden; deswegen sei rücksichtsloseste Bestrafung am Platze usw.“

Angeführt wurde das Urteil nicht. Gegen W. ist noch ein-mal an anderer Stelle verhandelt worden; hier hatte man merkwürdigerweise doch wohl mehr Verständnis für das „Kamerad-schaftlichkeitsgefühl zwischen Offizier und Mann“, wie der Leut-nant v. B. es gefordert hatte. — W. erhielt eine kurze Frei-heitsstrafe. Ich trauf ihn bald darauf zufällig bei einem anderen Regiment.

Dies ist die Erzählung. Einer der Zuhörer bemerkte dazu: „Haben Sie auf etwas geachtet? Die Offiziere haben zwei Stun-den weit hinter der Front, als W. sie antrat.“ F. R.

In den Hospitälern gebricht es an den notwendigen Hilfsmitteln. Bettleinwand und Verbandzeug fehlt; letz-teres hat teilweise seit 1914 nicht angekauft werden können. Genau so schlecht steht es mit Medizinern und Desinfektions-mitteln. Eine große Typhusseuche wird im Frühjahr er-wartet. Viele Männer und Frauen leiden an unheilbaren Darmkrankheiten, die durch die widerlichen Nahrungserfah-mittel hervorgerufen werden. Nur an dieser Krankheit sind seit Beginn der Hungersnot allein in diesem Distrikt über 2000 Menschen gestorben. Außerdem grassiert eine Augen-erkrankung, von der 60 Proz. der Bevölkerung befallen seit sollen.

In einem Hospital in Tschiboscari, der größten Stadt dieses Distriktes, starben 90 Proz. der Säuglinge. Das sind Einzelheiten aus den Berichten des Hauptkommissars O'Grady, der selbst dieses Gebiet bereist hat.

Natürlich findet der Hunger seine Opfer vor allem unter den Kindern. Mindestens 108 000 Kinder sind den schlimm-ten Entbehrungen preisgegeben. Von ihnen kann der Internationale Gewerkschaftsbund zunächst nur 40 000 hel-fen. Aber das ist nicht genug. Die anderen nahezu 70 000 Kinder bleiben, ohne Hilfe, zu weiteren Entbehrungen ver-urteilt. Ihre Leiden sind unbefriedigend. Schon kommt es vor, daß Mütter ihre Kinder erwürgen, um nicht machtlos mit ansehen zu müssen, wie sie verhungern. Wie groß muß die Not sein, wenn die Unglücklichen zu solchen Verzweif-lungstaten getrieben werden. Die lokale und zahlenmäßige Begrenzung der Hilfe ist aber eine bittere Notwendigkeit, so lange nicht noch größere Summen von den Arbeitern Euro-pas dem Internationalen Gewerkschaftsbund zur Verfügung gestellt werden. Selbst diese begrenzte Hilfe kann nur dann bis zur endgültigen Binderung der Hungersnot durchgeführt werden, wenn die europäischen Arbeiter den selbstlosen Opfer-sinn und die proletarische Hilfsbereitschaft, die sie in den letz-ten Monaten bewiesen haben, noch in den Schattien stellen; durch neue Beweise kameradschaftlicher Treue.

Jetzt, wo in Schitrain die Lebensmittelverteilungsstelle des Internationalen Gewerkschaftsbundes eingerichtet wird, jetzt, wo in andern Städten dieses Gebietes Lebensmittel-depots, Küchen und Speiseräume eröffnet werden, muß das internationale Proletariat dafür sorgen, daß seine notleidenden Kameraden fortlaufend ausreichende Mittel zur Ver-sorgung gestellt bekommen, um ihre darbenenden Kinder wieder gesund zu pflegen.

Auf wen, Kameraden, wenn nicht auf Euch, soll die schwer geprüfte Bevölkerung dieses Gebietes rechnen? Sie ist ausschließlich auf Eure Hilfe angewiesen. Macht das Ver-trauen wahr, das diese von grenzenlosem Elend bedrohten Menschen in Euch setzen. Hunderttausendtaufend Kinder sind Euch anvertraut. Helft ihnen mit allem, was Ihr entbehren könnt. Bringt Euer Geld zu den Sammelstellen der Gewerkschaften. Rettet die russischen Kinder!

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes.
J. S. Thomas, L. Jouhaux, C. Mertens, E. Fimmen,
J. Dubegeest.

Mädchermord. In Sommerdorf bei Gräfenthal wurde die Tochter des Landwirts Meiner in der Scheune, an einem Leiters-tiegen hängend, tot aufgefunden. Das Gesicht war mit Blut bedeckt. Die Tür der Scheune fand man offen und von außen mit einem Steine ausgehalten. Die von der herbeigerufenen Ge-richtskommission entdeckten Spuren und Umstände lassen keinen Zweifel an der Tatsache, daß das 23jährige, ledige Mädchen, nachdem es unter der Hand eines bis jetzt unbekanntes Mörder-s ihr Leben hat lassen müssen, in die hängende Lage an den Leiters-tiegen gebracht worden ist, um einen Selbstmord vorzutauschen.

Selbstmordversuch Gruppen. Der in der Kleppelsdorfer Markbühre zweimal zum Tode verurteilte Architekt Gruppen unternahm im Gerichtsgefängnis einen Selbstmordversuch. Er versuchte sich zu erhängen, wurde aber durch rechtzeitiges Hinzukommen der Gefängnisbeamten gerettet.

Der weiße Tod. Das unheimliche Wetter, bei jähe Wechsel zwischen Sonnenschein und Schneesturm hat wieder zahlreiche Opfer in den Bergen gefordert. Aus Wien wird berichtet: Der Kaufmann Schäringer ist bei einer Dachsteintour durch Ueber-anstrengung erschöpft liegengelassen und erstoren. Auf gleiche Weise starben trotz Hilfe der Tourengefahren der sechzehnjährige Pollak am Untersberg und der Student Walter am Hochschwab in Steiermark. Bei einer Skitour unter der Stadtpitze nach der Major Ritter v. Moes durch eine Lawine den Tod. Unter dem Scharlachfieber verschüttete eine Lawine einen Skifahrer, der trotz eifrigen Nachforschens nicht gerettet werden konnte. Im Watten-tale verunglückten durch Lawinensturz die Hochschüler Porny und Palm und der Professor Körner; am Sulztogel erdrückte eine Lawine den Professor Schork. Das größte Unglück ereignete sich aber am Madlochhöhe. Zunächst wurde von einem der dort zahl-reich weilenden Skitourenisten Dr. A. Luz aus Würtemberg ver-schüttet aufgefunden. Von den zu seiner Rettung herbeigeeilten Skifahrern wurden fünf durch eine neue Lawine verschüttet, konnten sich jedoch durch gegenläufige Hilfe bis auf einer, den Fabrikanten Sommer aus Ravensburg retten. Auch von der für die Verhütteten ausgesandten zweiten Rettungsexpedition verunglückten zwei Mann durch eine neue Lawine: der Architekt Vogel und der Referendar Hähntle. Durch eine am Steinernen Meere abgegangene Lawine verunglückten drei Holzarbeiter. Auch ein Finanzwachmann und ein Bauer verunglückten durch Lawinen. Noch vermißt werden zwei junge Skifahrer aus Ravens-burg, Hermann und Otto Härle. Die Leiche des am Hochobers verunglückten Oberleutnants Sonta wurde jetzt gefunden.

Drei Millionen Lire geraubt. Der ehemalige österreichische Korvettenkapitän Paul Mainburg wurde in der Nähe von Benedia von unbekanntem Tätern ermordet und beraubt. Mainburg wurden unter anderem drei Millionen Lire geklaut, die er in Genua als Versicherungssumme einliefert hatte. Außer den drei Millionen Lire hatte Mainburg noch 10 000 Dollar bei sich, die auch nicht mehr bei der Leiche gefunden wurden, und die zweifellos ebenfalls von den Tätern geraubt worden sind.

Eine verlassene Stadt aufgedeckt. In Istanbul ist auf einer Straße von 150 Metern eine Straße eingestürzt. Bei näherer Besichtigung des unter der Straße gelegenen Hohlräume konnte die überraschende Tatsache festgestellt werden, daß man es mit einer verlassenen Stadt zu tun hat. Mehrere Gebäude und Gärten haben darauf schließen, daß die geplanten Ausgrabungen interessante Funde zur Folge fördern werden.

Gefährlicher Gebirgszug im A. Auerberg. Die im Albaner-gebirge gelegene reizende kleine Stadt Rocca di Vado ist durch einen Erdwühl schwerstens bedroht. Vom Campiannaberg losgelöste Gesteine nähern sich langsam der Stadt. Ein Teil der am 1. März 1917 abgedauten Häuser ist bereits geräumt und durch Pontons nicht ergriffen.

Diebstahl in die Filiale der First National Bank ein. Die im Reichbild der Stadt Pittsburg liegt. Nachdem sie den Kassier-

Libussa.

Im Verlag „Die Aktion“, Berlin, erscheint eine ...

Da kam Wilhelm II., deutscher Kaiser 1902 zum Besuch seines ...

Am nächsten Morgen erfuhr ich, zum Abendbrot im engsten ...

Der nicht Unterrichte bereit nicht, wie eine Neugierigkeit ...

Die Journalist aber, in der der Kaiser anfuhrereren war, be- ...

Nach eine Reihe Taktlosigkeit hatte ich Wilhelm in London ...

Kaiser und Ziemermann.

Gibt machte der Kaiser in Begleitung eines Adjutanten eine ...

Ziemermann ein Ziemermann, wofür dieser mit Tränen in den ...

Nach Wilhelm II. Abreise schickte Edward in einem ...

Statistik der Lebensmittelpreise in Lübeck.

nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes vom 27.28. Januar 1921.

Table with multiple columns for food items and prices. Includes categories like 'Fleischwaren', 'Molkereiprodukte', 'Getreide', etc.

gebildet hatten, zwingen sie 8 Angestellte und eine Kundin, in den ...

Allerlei Wissenswertes.

Wird eine Großstadt mit Kleinbauern zu groß? Der Kampf ...

Advertisement for Johannes Oldenburg, including address and contact info.

Advertisement for 20 kleine Jagdäuger, featuring an image of a bird.

Advertisement for Verloren gold. Armbanduhr, including details of the watch.

Advertisement for Möbel, listing various furniture items.

Large advertisement for '20 000 Gynonpfeifen mit Zylinder' and 'Winnwinde von oben'.

Advertisement for 'Geschäfts-Eröffnung' and 'Rohschlachtere'.

Advertisement for 'Beitragsmarken' and 'SATYRIN'.

Advertisement for 'Verlangen Sie „Wurf“' soap and 'Seifen-Pulver'.

Advertisement for 'Felle' (furs) and 'J. Wagner'.

Advertisement for 'Spez. Verlobungsringe'.

Advertisement for 'Leder' and 'Glas' products.